

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die dreispaltige Petitzeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der sechste christliche Gewerkschaftskongress fand diesesmal in der schlesischen Hauptstadt Breslau statt. Ostdeutschland ist bekanntlich der Hauptsitz der Berliner Fachabteilungsbestrebungen, wo die christlichen Gewerkschaften bis jetzt nur schwer Fuß fassen konnten. Außerdem hat die alte Feudalherrschaft nirgends so viel Spuren hinterlassen, als in den östlichen Provinzen. Von einem selbstbewußten Zug der Arbeiterklasse ist noch wenig vorhanden; der Arbeiter fühlt sich hier noch niedergedrückt als im Saarrevier, dementsprechend steht auch der Arbeiterstand noch auf einer tiefen Kulturstufe. Inzwischen regt es sich aber auch im Osten, wenn auch vorläufig nur ein kleiner Teil der christlichen Arbeiter zur Erkenntnis seiner selbst gelangt ist. Es war daher ein gewagtes Stück, den Kongress nach dem Osten zu verlegen und mancher hat sich gefragt, wird derselbe nicht mit einem Fiasko enden? Inzwischen darf gesagt werden, daß noch kein Kongress so glänzend verlaufen ist, wie in Breslau. Keinem seiner Vorgänger wurde seitens der Behörden so viel Aufmerksamkeit zugewendet wie in Breslau.

Zum ersten Male hatten selbst die soziald. Gewerkschaften Deutschlands einen Vertreter entsandt. Das sozialdem. Organ Breslaus, „Die Tagewacht“, schrieb in einem Einleitungsaufsatz zum Kongress: nachdem sie die Gäste und Behörden alle aufzählt:

„Abseits von allen, aber stand der Beauftragte unserer Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Genosse Umbreit auf Vorposten, beobachtend und spähend, ob die christlichen Gewerkschaften im modernen Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft gegen das Kapital, immer noch als Feinde und nicht als Bundesgenossen zu betrachten seien.“

Im Kampfe für die berechtigten Interessen der Arbeiter gegen das Kapital werden die christlichen Gewerkschaften stets auf ihrem Posten sein, in der Zukunft wie in der Vergangenheit. Bei etwas gutem Willen hätten dieses die freien Gewerkschaftler längst wissen können. Es soll anerkannt werden, daß sich das Breslauer Sozialistenblatt einer objektiven Beurteilung befleißigt hat.

In seinen Verhandlungen zeigte der Kongress ein erfreuliches Bild des geistigen Fortschrittes, worauf die christlichen Arbeiter mit Stolz zurückblicken können. Ja, es geht vorwärts nicht bloß in der weiteren Ausdehnung und Befestigung der christlichen Gewerkschaften, sondern auch nach innen, in der geistigen Hebung des Arbeiterstandes, wovon die Verhandlungen das glänzendste Zeugnis ablegten. Eine solche selbstbewußte Arbeiterbewegung wird von keiner Seite mehr über den Haufen gerannt werden können. — Auch die Kollegen des Ortskartells Breslau hatten alles aufgegeben, um soweit es in ihren Kräften stand, zum Gelingen des Ganzen beizutragen.

Im großen Saale des Vincenzhauses wurde am Sonntag, den 22. Juli, der Kongress durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet. Anwesend waren 70 Delegierte, welche 245 000 Mitglieder vertraten und zwar: 11 Bergarbeiter, 10 Textilarbeiter, 15 Bauarbeiter, 11 Metallarbeiter, 5 Holzarbeiter, 4 Nichtgewerbliche, 1 Bauarbeiter, 4 Heimarbeiterinnen, 1 Tabakarbeiter

2 Schuh- und Lederarbeiter, 1 Schneider, 1 Maler, 1 Graphischer Arbeiter, 1 Bäcker, 1 Krankenpfleger, 1 Gärtner; ferner waren anwesend 3 Beamte des Gesamtverbandes.

Nach den üblichen Begrüßungen durch den Kartellvorsitzenden, Maurer Krause, nahm Herr Regierungsrat Dr. Richter als Vertreter des Regierungspräsidenten das Wort. Derselbe betonte das lebhafteste Interesse an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Er hoffe, daß die Verhandlungen von christlichem und nationalem Geiste getragen werden mögen. Reg.-Rat Frost als Vertreter des Polizeipräsidenten übermittelte dessen herzlichsten Willkommensgruß. Generalkonferenzpräsident Haupt bezeichnet in seiner Begrüßung die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften als die schwierigsten und wichtigsten, deren Erfüllung von den Mitgliedern festes Rückgrat und Mannesmut verlangt. Ober-Regierungsrat Schimmelpfennig überbringt herzliche Grüße des Oberpräsidenten. Was die christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichne, seien die ethischen Momente in dem materiellen Streben der Gegenwart. Das letzte Ziel dieser Bewegung sei der friedliche Ausgleich widerstreitender Interessen.

Stadttrat Peterson wünscht als Vertreter des Oberbürgermeisters und der Stadt Breslau, daß der Kongress die christliche Gewerkschaftsbewegung im Osten fördern möge. Auch der Magistrat der Stadt Breslau sei als Arbeitgeber bemüht gewesen, die materiellen und ideellen Interessen seiner Arbeiter zu fördern. In seiner Fürsorgetätigkeit sei er geradezu anderen deutschen Städten gegenüber vorbildlich vorgegangen. Alle Wünsche zufrieden zu stellen, werde aber auch ihn nicht möglich sein. Wenn die Arbeiter Reformen anstreben, dann sei das ihr gutes Recht, nur dürfe hierbei nicht umstürzlerisch, sondern es müsse maßvoll vorgegangen werden. Städtischerseits würden die Verhandlungen mit großem Interesse verfolgt werden. Der Bezirkspräsident der kath. Arbeitervereine Breslaus wünscht, daß die Beratungen des Kongresses getragen werden möchten von der Liebe, welche die Brücke von Stand zu Stand fördert. Konfessionslos Professor Dohpe spricht namens der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine Schlesiens den Wunsch aus, daß es den christlichen Gewerkschaften auch weiter gelingen möge, die in diesen Vereinen zu Charakteren erzogenen jungen Männer zusammenzuführen. Als Vertreter der evang. Arbeitervereine betont Arbeitersekretär Krug-Donnberg, daß der christlichen Gewerkschaftsbewegung volle Begeisterung und Sympathie entgegengebracht werde. Pastor Künzel gibt als Vertreter der schlesischen Gruppe der freien kirchlich-sozialen Konferenz seiner Freude über das Zusammenarbeiten dieser und der christlichen Gewerkschaftsbewegung Ausdruck. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes des christlichen Gewerkschaften, Schiffer-Düsseldorf, dankt den Vertretern der Behörden für ihre anerkennenden Worte und für die zugesagte Unterstützung. Auch dieser Kongress soll der ganzen Öffentlichkeit zeigen, daß es noch andere Arbeiterorganisationen gebe, als die der religions- und staatsfeindlichen Sozialdemokratie. Er als Vorsitzender sei stolz darauf, sagen zu können, daß evang. und kath. Arbeiter zur Erringung der Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich die Bruderhand gereicht haben, die auseinander zu reißen, niemals gelingen werde. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, zu dem die christlichen Arbeiter mit aufrichtiger Liebe und Begeisterung aufstiegen.

Kollege Bergmann-München hielt die Festrede, betonend, daß gleich der Wacht am Rhein auch an der Ober-, der Elbe, dem Harzstrand usw. Volkwerke

der christlichen Gewerkschaftsbewegung errichtet werden müßten. Die Zugkraft der christlichen Gewerkschaften werde bewiesen durch ihre Fortschritte.

Gewerkschaftssekretär Spalowski-Wien überbrachte Grüße der österreichischen christlichen Arbeiter. Herr Professor Combar, der bekanntlich bis heute der christlichen Arbeiterbewegung ablehnend gegenüberstand, drückte den Wunsch aus, daß das große Ziel eine einheitliche Arbeiterbewegung werden möge, die innerhalb der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung für die Interessen der Arbeiter eintrete. Redner erkennt im Gegensatz zu früher die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften an und meint: Die christlichen Gewerkschaften sollten zunächst bestrebt sein, ihre Bewegung zu einer Macht zu bringen, mit der die freien Gewerkschaften rechnen und politieren müssen, damit möglichst gleichmäßige Gruppen im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter und Arbeitgeber sich gegenübersehen.

Vom Domprobst Professor Dr. König-Breslau, wor ein Begrüßungsschreiben eingegangen. Der Herr Weihbischof Dr. Morz-Breslau sandte ein Entschuldigungsschreiben an das Ortskartell, daß er leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei. Auch der Herr Oberpräsident Graf von Redlich Trübschler war am zweiten Verhandlungstage persönlich erschienen und richtete an die Anwesenden folgende Ansprache:

„Meine Damen und Herren! Ich habe bereits vorgestern durch meinen Vertreter, Ober-Regierungsrat Schimmelpfennig, das Interesse der obersten Verwaltungsbehörde an Ihren Beratungen kundgeben lassen und ich glaube, Sie werden aus der Wärme seiner Ausführungen erkannt haben, dass ich und die mir unterstellte Behörde mit vollem Interesse Ihren Arbeiten folgen. Das will ich auch bekunden, durch mein heutiges Erscheinen in Ihrer Mitte. Ich halte es für eine der ersten Pflichten des Verwaltungs-Beamten, dass er die lebendigen Strömungen in unserem Volksleben selbst kennen lernt und an ihnen zu lernen sucht, das ist der Grund meines heutigen Erscheinens. Sie werden nicht erwarten, dass ich heute persönlich zu den schweren und wichtigen Fragen, welche der Herr Vortragende behandelt, hier Stellung nehme. Das kann ich nicht; ich kann aber bekunden, dass ich mit größtem Interesse die Ausführungen Ihres Referenten gehört habe und dass ich sie nutzbar zu machen mich bemühen werde.“

Wir haben schon einmal hervorgehoben, daß noch keinem vorhergehenden christlichen Gewerkschaftskongress soviel Aufmerksamkeit seitens der Behörde zugewendet worden ist, wie der diesmaligen Tagung. Eine Ausnahme machte nur die Breslauer kath. Kirchenbehörde, welches aber in ihrer Stellung zur kath. Fachabteilungsfrage begründet sein dürfte.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag, den 23. Juli mit der Konstituierung des Kongresses. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Schiffer-Düsseldorf, Vorsitzender des Textilarbeiter- und des Ausschusses des Gesamtverbandes und Wiedeburg-Berlin, Vorsitzender des Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterverbandes gewählt. Als Schriftführer die Kollegen Kühme-Bochum, Bergarbeiter und Wallbaum-Bielefeld, Metallarbeiter. Außerdem für-

ersten und 4. Vorsitz, Generalsekretär Stegerwald, erstattete den Geschäftsbericht des Gesamtverbandes.

Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 245 032 gegen 207 484 im Anfang des Jahres. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2,674,190 Mark gegen 1,337,341 Mk. Sie hat sich also verdoppelt. Die Ausgaben stiegen in derselben Zeit von 1,094,543 auf 2,423,554 Mk., der Kassenbestand von 948,197 auf 1,523,214 Mk., was eine Erhöhung von 1,228,911 bzw. 575,017 Mark bedeutet. Die Zahl der Lohnbewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre beteiligt waren, betrug 614; davon führten 316 mit 26 017 Beteiligten ohne ArbeitsEinstellung zu einer friedlichen Verständigung. 298 Lohnbewegungen mit 80,601 Beteiligten führten zu Streiks, davon treffen allein rund 60 000 auf den Streik der Ruhrbergleute. Erreicht wurden dadurch mindestens 2 1/2 bis 3 Millionen Mark Lohnausbesserungen, wesentliche Arbeitszeitverkürzungen, bessere Behandlung usw. Es mehren sich die Stimmen, die, wie Geheimrat Kirdorf auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim, sich dahin ausdrücken, die christlichen Gewerkschaften seien gefährlicher wie die sozialdemokratischen. Darauf erwidern wir, daß wir als christliche Arbeiter dem Herrtum unter den Arbeitgebern allerdings vielfach gefährlicher sind als diejenigen, die mit der Revolution oder mit dem Massenstreik spielen. Denn diese liefern nur den Schornsteinern Wasser auf die Mühle. (Lebhafte Zustimmung). Wir sind der Meinung, daß der Lohnarbeiterstand in der heutigen Gesellschaft nicht die Stellung einnimmt, die er seiner Bedeutung nach haben müßte. Deshalb kann es uns kein Mensch verübeln, wenn wir dafür kämpfen, dem Arbeiter seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu verschaffen. (Lebhafte Beifall). Nicht vorübergehen können wir ferner an der Rede, die Handelsminister Delbrück kürzlich im preussischen Herrenhause gehalten hat. Unsere Bewegung ist gewiß kein Kräutlein Rühmichrichton. Wir gestehen, jedem das Recht der freien Kritik zu. Aber wenn der Minister glaubte, uns tödliche Ratschläge erteilen zu müssen, so sagen wir, daß er selbst ein recht schlechter Taktiker ist. Mit Recht können uns die Sozialdemokraten vorhalten, daß der preussische Minister uns in den Rücken gefallen ist, sie können sagen, daß die preussische Regierung nichts weiter ist als ein Komitee, das die Interessen der besitzenden Klassen wahrzunehmen hat. Und wenn die Sozialdemokraten diese Argumente in aufgeregte Massenversammlungen hineinwerfen, so verfehlen sie ihre Wirkung sicher nicht, mit der der Minister aber schwerlich einverstanden sein dürfte. (Heiterkeit und Beifall). Auch die ausführenden Organe der Regierung bereiten uns häufig Schwierigkeiten. So hat man unseren italienischen Sekretär, der die italienischen Arbeiter organisieren und aufklären wollte, aus Preußen ausgewiesen, obwohl nicht das Geringste gegen ihn vorlag. ((Hört, hört!)) Als wir nach

dem unbefriedigten Ergebnis der preussischen Berggesetzgebung dadurch zur Selbsthilfe griffen, daß wir unseren Kriegsfonds zu stärken suchten, schrieb die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das sei eine Annäherung an die sozialdemokratische Bewegung! (Hört, hört!) Man sollte eine solche Verleumdung der Tatsachen nicht für möglich halten. — Der Redner besprach dann die neu beschaffenen Bergarbeiterauschüsse, mit denen die christlichen Gewerkschaften durchaus nicht zufrieden seien. Nichtsdestoweniger sei zu begrüßen, daß die Idee der Arbeiterauschüsse Aufnahme in die Gesetzgebung gefunden hat. Erfreulich sei die Zurückziehung des Kontraktbruchgesetzes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die Regierung. Die Klagen der christlichen Anhänger des graphischen Gewerbes über den deutschen Buchdruckerverband sind berechtigt. Wir werden die Neutralität, die wir bisher dem Buchdruckerverband gegenüber bewahrt haben, für die Zukunft aufgeben, da seit dem Eintreten des Vorsitzenden Döblin in die Generalkommission der freien Gewerkschaften im Buchdruckerverbande eine merkliche Schwertung nach links eingetreten ist. Es ist bezeichnend, daß des Redakteurs Reghäuser Name unter dem „Korrespondenten“ verstreut, als nach dem „Sonder Parteitag“ einige scharfe Artikel gegen den Massenstreik erschienen waren. Der „Korrespondent“ bekämpft uns genau so, wie die anderen freien Gewerkschaftsblätter, ebenso wie die Buchdrucker bei Gewerbegerichts- und Krankenkassen-Wahlen gegen uns arbeiten. Redner schloß mit der Aufforderung, im Sinne des Gesamtverbandes weiter zu arbeiten, dann würden in der Zukunft noch größere Erfolge erzielt werden.

An der Diskussion beteiligten sich Camps-Münster, Wieber-Duisburg, Haise-Bozen, Behrens-Essen, Klotz-Essen, Becker-M.-Glabach, Brendel-Saarbrücken, Bergmann-München, Jaworski-Frankfurt a. M. Camps-Münster brachte behördliche Uebergänge zur Sprache, die in der nordwestlichen Ecke des Reiches, an der holländischen Grenze die christlichen Gewerkschaften sich gefallen lassen müßten. Ein Holländer, der 15 Jahre in Preußen unbefelligt wohnte, mußte binnen zwei Stunden Preußen verlassen. Nicht einmal Abschied von seiner Familie durfte er nehmen. Und was hatte der Mann verbrochen? Er klärte in unserem Auftrage die holländischen Arbeiter auf, nicht Buchdrucker zu spielen. Angesichts solcher Vorkommnisse aber braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Sozialdemokratie fortgesetzt zunimmt.

Wieber-Duisburg

betont im Gegensatz zum Generalsekretär, daß der Neutralitätskampf, der zur Zeit geführt worden mußte, nicht umsonst gewesen sei. Schon die Tatsache, daß heute das Feld geklärt, der Gegner gezwungen wurde, Farbe zu bekennen, wiege mehr als 50 000 Mitglieder auf. Die Gründungen der

loth. Fachabteilungen sei zwar bedauerlich, aber auch sie würden entweder zur praktischen, gewerkschaftlichen Arbeit gezwungen, oder an die Seite geschoben werden. Der Haß der Schornsteiner ehere die christlichen Gewerkschaften. Es wäre bedauerlich, wenn wir von denselben mit anderer Energie gekriegt würden. Wir kämpfen eben energisch für die Arbeiterrechte. Nur drohen wir nicht sofort, wenn uns ein Minister bekräftigt mit der Umkrempelung unserer vaterländischen und königstreuen Gesinnung.

Haise-Bozen

kritisiert scharf die Fachabteiler, die sich zu Fabrikantenwerkzeuge herunterdegradieren. Der Redner führte einen Fall an, in dem ein Pfarrer erklärt hat, er dulde nur die Zugehörigkeit zum katholischen Fachverband. Solche Ausprüche seien um so bedauerlicher, als die katholischen Fachverbände Verbrecher an der Arbeitersache seien. (Der Vorsitzende Schiffer bittet, solche scharfe Ausdrücke zu vermeiden.) Die Frage der ausländischen Arbeiter werde immer dringender. Russische Buchdrucker, die doch revolutionär gesinnt seien, seien unter dem Schutz der Behörde bis nach Bremen transportiert worden. Sie brauchten nicht einmal einen Paß, während unsere Kollegen, die wir nach Lodz senden wollten, nicht über die Grenze gelassen wurden.

Behrens-Essen

Man weiß ausländische Arbeiter, die in unserem Sinne arbeiten, als lästig aus, obwohl sie niemandem lästig fallen. Man wende dies Verfahren lieber bei den ausländischen Buchdruckern, die den hunderttausenden deutscher Arbeiter lästig fallen, welche das gleiche Recht wie die Unternehmer beanspruchen können.

Kowalczyk-Bozen

Bei uns wickeln sich die freien Gewerkschaften noch in den Mantel der Neutralität, die Christlichen sind als Polen verschrien und nur die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine werden anerkannt. Soll das anders werden, dann ist die Anstellung weiterer Beamten eine unbedingte Notwendigkeit.

Klotz-Essen

Es muß mehr sozialer Geist in die Verwaltungen und behördlichen Institutionen einziehen; die Arbeiter sollten mehr zur Mitarbeit herangezogen werden. Unserer Freude können wir darüber Ausdruck geben, daß ein Vertreter der Wissenschaft, wie Professor Sombart, die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkannt hat.

Becker-M.-Glabach

In der Provinz Brandenburg hat ein Gutsbesitzer Keger als Buchdrucker angeworben. Es wird nicht mehr lange dauern, und wir bekommen die chinesischen Skulis ins Land. Wir müssen deshalb einen Schutz der deutschen Arbeiter gegen die Skulis des Auslandes fordern.

Das Arbeiterleben in den Vereinigten Staaten.

Unter diesen Umständen ist es oftmals und lebhaft bedauert worden, am meisten vielleicht von Industriellen und Gewerbetreibenden selbst, daß die berufliche Ausbildung des gewerblichen Arbeiters zurückgegangen, daß Mangel an tüchtigen, gut durchgebildeten Arbeitern im Groß- und Kleinbetrieb vorhanden ist. . . . So etwa war der Verlauf der Dinge in Deutschland. Eine diesem ähnliche Entwicklung finden wir in den Vereinigten Staaten von Nordamerika."

Und weiter: „Daß die Möglichkeit, einen gewerblichen Beruf eingehend und allseitig zu erlernen, in den Vereinigten Staaten mehr und mehr zurücktritt, hat seinen Grund vorwiegend in der außerordentlich verbreiteten Anwendung maschineller Vorrichtungen an Stelle persönlicher Arbeit. Wo nur immer angängig, sucht man in Amerika die Hand des Arbeiters durch mechanische Hilfsmittel zu ersetzen. Diese Maßnahme wird durch die dort vorherrschende Massenerzeugung von Arbeitsprodukten hervorgerufen und begünstigt. Des wirtschaftlichen Vorteils wegen wird die Massenfabrikation auf möglichst wenige Spezialartikel beschränkt. Diese Spezialisierung veranlaßt besondere Arbeitsmethoden, sie führt zur Benutzung eigenartiger Arbeitsmaschinen und zur Arbeitsteilung. Gleichfalls hat die weitgehende Verwendung der Maschine die Nachfrage nach gelernten Arbeitern keineswegs verringert, sondern nur die Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten haben, verändert. Einer gründlichen und vielseitigen Ausbildung des gewerblichen Arbeiters jedoch tritt sie hindernd in den Weg, in manchen Fällen macht sie sie unmöglich."

Wie gestaltet sich nun aber die Ausbildung? Wie in jedem anderen Beruf, z. B. auch dem kaufmännischen, tritt der junge Mann in eine Fabrik als Arbeitsbursche, als ungelernter Arbeiter, als „helper“ ein. Er wird dort gegen einen Lohn eingestellt, einem alten Arbeiter zugeleitet, und jetzt muß er zeigen, was er kann. Er muß etwas aus sich machen. Abendschulen aller Art, mit ausgedehntem Apparat, aber sehr billigen Lehrhonoraren, ermöglichen es ihm, sich in einer ganz bestimmten Richtung auszubilden.

Die Vereinigten Staaten haben ein in ihrem Zusammenhang weit besseres Schulwesen als Deutschland. Jede Stufe der Schule führt zur Hochschule. Wer die Volksschule mit 8 Jahrgängen wie bei uns durchgemacht hat, kann, wenn er will, in die Mittelschule gehen und wer diese mit ihren 4 Jahrgängen hinter sich hat, kann, wenn er will, das Kollege besuchen, und dieses wiederum bereitet sowohl für das Leben als auch für die Unversität vor. Dadurch wird die Entwicklung zu besserer Erziehung — der Amerikaner läßt seinen Kindern in der Schule nicht eine Summe von Wissen einpauken wie das bei uns der Fall ist, er läßt sie „erziehen“, und zwar zu selbständiger Arbeits- und Berufsfähigkeit — jedem, der etwas taugt und lauzen will, gelehrt. Daher sind die höheren Schulen in weit geringem Maße als bei uns Schule der Wohlhabenden. Jeder Schüler, der die Volksschule hinter sich hat, kann die Mittelschule durchmachen. Ob er nebenbei sich als Kellner oder als Zeitungverkäufer seinen Unterhalt erwirbt, geniert niemanden. Das gleiche gilt zu allen höheren Stufen des Schulwesens. Nirgends findet man die kindliche Geringschätzung der körperlichen Arbeit, die das bei uns herrschende Streben nach festen Beamtenstellen zeitigt hat. Das amerikanische Schulwesen ist geradezu auf der

Hochschätzung der körperlichen Arbeit aufgebaut. Man läßt den armen Teufel, der vielleicht bei besserer Bekanntschaft gar keine Lust und gar kein Verständnis für lateinische Vokabeln und griechische Wortformungskunststücke hat, nicht fallen und gibt ihn preis, man bietet ihm vielmehr die Möglichkeit, durch Leistungen auf dem Gebiete der körperlichen Arbeit das zu erreichen, was ihm an Anlagen auf anderem Gebiete vielleicht abgeht. Die Mittelschule, die das 14.—18. Lebensjahr umfaßt und daher etwa unseren 4 obersten Gymnasialklassen entspricht, bietet ebenso wie die Volksschule Handfertigkeitunterricht aller Art. Eine besondere Art dieser Mittelschulen sind jene, die das Manual Training, die Handarbeit zu einem der Hauptgegenstände des Unterrichts erhoben haben. Der Lehrplan dieser Schule sieht sehr sonderbar aus. Neben je 4 wöchentlichen Stunden Algebra, Latein, Zoologie, Englisch und Zeichnen müssen die Schüler 6 Stunden in der Tischlerei arbeiten. Im zweiten Halbjahre lernen sie das Holzdrehen, Leimen und Polieren, im 3. und 4. das Modelltischlern, Formen, Löten und Holzschneiden, im 5. in sogar 9 Stunden das Schmieden, im 6. das Werkzeugmachen und Stahlschmieden, im 7. und 8. die Maschinenwerkerei. Man denke sich unsere Primaner täglich 1—2 Stunden in der Maschinenwerkerei arbeiten! Unsere preussischen Schulbeamten samt den Herren Vätern würde ja der Schreck befallen! Ähnlich sind die Schulen für den heranwachsenden Kaufmann auf den kaufmännischen Unterricht zugeschnitten. Es ist klar, daß die ausgebildeten Leute auf dem Kollege und später auf der Universität für die technischen Berufe eine weit bessere Vorbildung haben, als jeder andere. Wenn die jungen Leute direkt nach Beendigung des Mittelschulunterrichts, der beliebig durch einzelne Semester praktischer Arbeit zum Zwecke der

Brendel-Saarbrücken

überbiete die feindliche Stellung der Behörden im Saarrevier gegen die christlichen Gewerkschaften.

Bergmann-München

bedauerte, daß die Tagespresse sich so wenig der Arbeiter annahme.

Javorski-Frankfurt

Es ist in der Tat ein Skandal, wie wenig sich die Tagespresse der Arbeiter annimmt. Nur, wenn Reichstagswahlen bevorstehen, gedenkt man der nationalen Arbeiter. Professor Sombart hat gemeint, christliche Grundsätze hätten an sich in der Gewerkschaftsbewegung nichts zu suchen. Ich meine, den Wert des Christentums kann nur der beurteilen, der selbst aus dem Christentum hervorgegangen ist, oder in ihm steht. Die Worte Luthers an den Evangelisch-sozialen Kongress, die eine Empfehlung der christlichen Gewerkschaften bedeuten und widerspruchlos aufgenommen wurden, heben uns, daß die Aera Naumanns vorüber ist. Damit war die General-Diskussion über den Geschäftsbericht geschlossen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde das Thema Ortskartelle behandelt. Hierzu hatte das Referat Kollege Klotz-Essen. Da wir die Referate des Naumannangels wegen nicht wörtlich wiedergeben können, außerdem in einer Broschüre über die Verhandlungen des Kongresses wiedergegeben werden, begnügen wir uns mit kurzen Auszügen.

Die Ortskartelle sollen sich angelegen sein lassen, ihre Tätigkeit auf solche Gebiete zu beschränken, die kompetenzstreitigkeiten mit den einzelnen Zentralverbänden und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands anschießen. Als Aufgaben der Kartelle sind zu verstehen: eine planmäßige einheitliche Agitation, Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Zellen; taktische und organisatorische Maßnahmen bei Bewegungen; Organisation des Arbeitsnachweises und des Herbergs-Weens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtsstandes; Verkehr mit den gewerblichen Aufsichtsbeamten; gründliche Vorbereitung und Beteiligung an allen sozialen Wahlen; Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erziehung der angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder durch Einrichtung von Unterrichtscurien; Einrichtung von Lesezimmern und Vertrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienlich zu machen usw. Im Interesse einer einheitlichen Arbeit soll nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen angestrebt werden, in deren Geltungsbereich an den einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können. Alle Ortsgruppen von Verbänden, welche dem Gesamtverbande angeschlossen sind, sollen die Verpflichtung haben, den Orts- und Bezirkskartellen beizutreten, so es letztere sich in dem von den Kongressen der christlichen Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen und sind die Beiträge zu den Kar-

tellen als Pflichtbeiträge zu betrachten. Des ferneren ist die Anstellung von Kartellbeamten, wo eben angängig anzustreben. Die Regelung von Grenzstreitigkeiten, Herausgabe von Sammelbüchern, Ausschluß von Mitgliedern, wie auch die Entscheidung über Lohnbewegungen, als auch die hierbei zu beachtende Taktik, gehören nicht zur Kompetenz der Kartelle, sondern der Zentralleitungen der einzelnen Verbände.

An das Referat knüpfte sich eine eingehende Diskussion, in der sich die Redner teils zustimmend äußerten, teils Änderungen zu einigen Punkten besprachen. Nachdem einer Redaktionskommission die vorgebrachten Wünsche zur Berücksichtigung und Durcharbeitung überwiesen, wurde folgende vom Referent vorgeschlagene Resolution angenommen:

Der sechste Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt in den Kartellen sehr wichtige Institutionen für die gemeinsam zu erstrebenden Interessen der christlichen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen eines Ortes oder Bezirkes. Die Kartelle müssen sich indessen angelegen sein lassen, ihre Tätigkeit auf solche Gebiete zu beschränken, die kompetenzstreitigkeiten mit den einzelnen Zentralverbänden und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ausschließen.

Als Aufgaben der Kartelle sind u. a. anzustreben: eine planmäßige einheitliche Agitation unter Mitwirkung der Gau- und Bezirksleitungen der jeweilig in Betracht kommenden Verbände; Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Zellen; Ratshilfe in taktischer und organisatorischer Beziehung bei Bewegungen; Förderung des Arbeitsnachweises und des Herbergsweens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtsstandes; Verkehr mit den gewerblichen Aufsichtsbeamten; gründliche Vorbereitung und Beteiligung an allen sozialen Wahlen; Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erziehung der angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder durch Einrichtung von Unterrichtscurien, Einrichtung von Lesezimmern und Vertrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienlich zu machen usw.

Im Interesse einer einheitlichen Arbeit ist in größeren Industrieorten, namentlich bei Großstädten und deren Vororten nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen vorzunehmen, in deren Geltungsbereich an einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können.

Des ferneren ist die Anstellung von Kartellbeamten, wo eben angängig, anzustreben.

Alle Ortsgruppen von Verbänden, welche dem Gesamtverbande angeschlossen sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskartellen anzugehören, falls letztere sich in den von den Kongressen der christlichen Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen und sind die Beiträge zu den Kartellen als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in be-

sonderen Fällen und im Einvernehmen mit dem Vorstand des Gesamtverbandes zulässig.

Die Regelung von Grenzstreitigkeiten, Herausgabe von Sammelbüchern, Ausschluß von Mitgliedern, wie auch Entscheidungen über Lohnbewegungen, als auch die hierbei zu beachtende Taktik gehören nicht zur Kompetenz der Kartelle, sondern sind ausschließliches Recht der einzelnen Zentralverbände bzw. Ausschuß des Gesamtverbandes. Gemeinsame mit größeren Ausgaben verbundene Kartellkonferenzen dürfen nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Gesamtverbandes bzw. Gau- und Bezirksleiters der einzelnen Verbände stattfinden. Auch dürfen die Kartelle als solche sich nicht an den kommunalen Wahlen aktiv beteiligen, müssen sich vielmehr von allen parteipolitischen Aktionen streng fernhalten. Von den Ortskartellen wird erwartet, daß dieselben bei der Durchführung ihrer Aufgaben und in der Zusammenlegung seitens der einzelnen Berufsgruppen in loyalster Weise verfahren. Es ist namentlich darauf zu achten, daß nicht so sehr Majoritätsbeschlüsse herbeigeführt, sondern der Weg der Verständigung gewählt wird.

In allen strittigen Fällen sind die Kartelle gehalten, eine Direktive des Vorstandes des Gesamtverbandes einzuholen.

Verbollkommnung der Reichs-
arbeitslosenstatistik in den deutschen
Gewerkschaften.

Die Arbeitslosenstatistik besser auszugestalten, war der Zweck einer Konferenz, welche in Berlin am 11. und 15. Juni stattfand.

An den Konferenzen nahmen Vertreter der verschiedenen Richtungen Anteil, und zwar 31 Freie, 4 Dirsch-Dumder und 3 christliche Gewerkschaftler. Seitens des Kaiserlich Statistischen Amtes nahm Herr Regierungsrat Dr. Leo und seitens der Gesellschaft für Soziale Reform Herr Dr. Franke teil.

Nach einem kurz einleitenden Informationsreferat des Herrn Dr. Leo, woraus zu entnehmen ist, daß man vom statistischen Amte großen Wert darauf legte, wie viel von Mitgliedern der Verbände überhaupt unterstützungsberechtig sind und dessentwegen eine solche entsprechende Frage dem Fragebogen einverleiben will, ferner nach Bezugnahme auf die Anregungen im Reichstage, in denen monatliche Erhebungen, wie geographische Gliederung gewünscht wird, begann die allgemeine Debatte. Dieselbe war sehr umfangreich (von 1/2-8 Uhr) und wurden eine Reihe von Mißverständnissen geklärt, wie wertvolle Anregungen gegeben. Die Anregungen von Abg. Lindemann im Reichstage betreffs monatliche Publikation, wie geographische Gliederung der Statistik wurden als Theorie bezeichnet und abgelehnt.

Getadelt wurde in der Debatte seitens der freien Verbände, daß die Statistik den Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine als Fachverband mit

Verdienens unterbrochen werden kann, sodas jeder ohne allzugroße Aufopferung die Mittelschule besuchen kann, sich einem praktischen Berufe zuwenden, haben sie eine ausgezeichnete Vorbildung, die es ihnen ermöglicht, sich auszuzeichnen und nach in Meister- und Technikerstellen hineinzuverarbeiten. Daraus erklärt sich die Erscheinung, daß der weitaus größte Teil der leitenden Persönlichkeiten in der amerikanischen Industrie dem Arbeiterstande entspringt als jene, die sogleich nach Beendigung des Volksunterrichts in die Industrie eintreten, beginnen ihre Ausbildung als Arbeiter. Für sie gibt es nun zahllose Ausbildungsgelegenheiten. Es gibt für fast alle Berufe Abendschulen, in denen für Schulgeld von 5, höchstens 10 Dollar für das Halbjahr ein umfassender Abendunterricht in Spezialfächern geboten wird. Diese Art Schulen haben in den letzten Jahren eine stärkere Entwicklung genommen; früher fehlten sie, weil ja bei der überaus leichten Zugänglichkeit der Technischen Hochschule, ein eigentlicher Mangel an mittleren Beamten nicht vorhanden war, deren Arbeit vielmehr von den Auswärtigen auf die höheren Stellen ausgeführt wurde. In den letzten Jahren aber sind alle Technischen Hochschulen dazu übergegangen, mit ihrem gesamten Unterrichtsapparat solche Abendkurse zu veranstalten. Besonders das Zeichnen wird mit größter Liebe gepflegt. Ein Teil der Berichterstatter verzeichnet auch die Wahrnehmung, daß sich unter den Besuchern dieser Abendkurse viel ältere Männer befinden, die im Laufe der Zeit eingesehen haben, daß das Vorwärtsarbeiten für sie wünschenswert ist. Die Abendschulen kommen den Besuchern möglichst weit entgegen. Jedes tote Fach, das nicht direkt für die Praxis interessiert, wird peinlich vermieden und dadurch die Abneigung, die bei uns gegenüber den Fortbildungsschulen ja ungeheuer groß ist, gänzlich vermieden. Was sich da einstellt, arbeitet mit

Lust und Liebe. Wer ein Fach nicht mitnehmen will, weil es ihn nicht interessiert, nimmt dafür ein anderes. Das ist nach Möglichkeit auch bei den anderen Schularten durchgeführt. In zahlreichen Ausbildungsanstalten sind die Abendkurse so eingerichtet, daß sie als Vorbereitungsanstalt für höhere Kurse angesehen werden können.

Einer besonderen Art Schule, die allerdings lediglich für zukünftige selbständige Handwerker bestimmt ist, sei hier noch gedacht, der Grades School. Diese Institutionen bieten einen vollen Unterricht in den zahlreichen Arten des Handwerks: Im Mauern, Verputzen, Schreineren, besonders aber in der Klempnerei, der Schmiederei und der Installation. In diesen Schulen werden sämtliche ins Fach schlagenden Arbeiten praktisch gelehrt. Die Schulen sind dem Arbeiter, der das dafür nötige hohe Schulgeld nicht aufbringen kann, zu teuer. Auch das Handwerk bringt ihnen heute nicht mehr das große Interesse entgegen wie früher, weil die Aufkosten teilweise allzuhoch seien.

Nun hat das Schulwesen aber auf die heranwachsende Jugend nicht durchweg den Einfluß ausgeübt, den die Fabrikanten sich wünschen möchten. Aus dem Grunde sind verschiedene größere Unternehmungen dazu übergegangen, selbst die Anleitung der jungen Leute in die Hand zu nehmen. Aus dem Berichte der preussischen Regierungskommissioner fährt man darüber u. a.: „Die Baldwin Locomotive Works von Philadelphia, die 16 000 Arbeiter beschäftigen, haben unter den bedeutendsten industriellen Etablissements diesen Plan zuerst zur Durchführung gebracht. Sie beschäftigen zurzeit 400 Lehrlinge, die ihrer allgemeinen Bildung nach in 3 Klassen eingeteilt werden. Vor dem 17. Lebensjahre wird kein Lehrling angenommen. Mit allen Lehrlingen werden schriftliche Ver-

träge abgeschlossen. In die 1. Klasse werden junge Leute mit Volksschulbildung aufgenommen. Sie haben 4 Jahre zu lernen und eine tägliche 10stündige Arbeitszeit gegen den festgesetzten Stundenlohn von 5 Cents im ersten, 7 Cents im zweiten, 9 Cents im dritten und 11 Cents im vierten Lehrjahre einzuhalten. Durch einen geregelten Wechsel in allen Werkstättenbeschäftigungen erhalten die Lehrlinge eine allseitige praktische Ausbildung im Maschinenbau. In den ersten 3 Lehrjahren haben sie wenigstens zweimal in der Woche eine Abendkurse zu besuchen, in welcher sie im 1. Jahre die Elemente der Geometrie und Algebra und in den beiden folgenden Jahren die Grundlagen des technischen Zeichnens sich anzueignen haben. Nach ordnungsmäßig beendeter Lehrzeit erhält der Lehrling eine Prämie von 125 Dollar. — Von den Lehrlingen der 2. Klasse wird eine bessere Volksschul- oder High School Mittelschulbildung verlangt. Diese Lehrlinge haben 3 Jahre zu lernen; sie sind ebenfalls zu täglich zehnstündiger Arbeitszeit verpflichtet und erhalten im ersten Lehrjahre 7 Cents, im zweiten 9 Cents und im dritten 11 Cents pro Arbeitsstunde. Sie haben während der ersten beiden Jahre eine Abendkurse zu besuchen, um technisches Zeichnen zu erlernen. Nach vertragsmäßig beendeter Lehrzeit erhalten sie eine Prämie von 100 Dollar. — Der 3. Lehrlingsklasse gehören solche jungen Leute an, die Graduierte von Colleges, technischen Schulen oder wissenschaftlichen Instituten sind. Sie müssen mindestens 21 Jahre alt sein und sich zu zweijähriger praktischer Arbeit verpflichten. Sie erhalten ebenfalls steigenden Stundenlohn, der im ersten Halbjahr 13 Cents, im zweiten 16 Cents, im dritten 18 Cents und im vierten 20 Cents beträgt, aber sie bekommen am Schluß ihrer Lehrzeit keine Geldprämie.“

(Fortsetzung folgt)

ausführe. Auf Anregungen andererseits hin wird die Statistik dahin streben, daß nicht mehr der Verband als solcher mitgeführt wird, sondern nur die beruflichen Glieder. Wir resümieren kurz die Hauptergebnisse der Diskussion, welche von der Regierung verwendet werden sollen.

1) Um ein denkwürdiges Bild zu bekommen und die Statistik vollständiger zu gestalten, soll der Termin der Zählfortschreibung an das statistische Amt vom 10. d. Mts., wie bisher, auf den 15. verlängert werden. 2) Von einem Nachbericht wie vorgeschlagen, sollen die Verbände entbunden sein, dafür aber dem Amte die jeweiligen Quartalsabschlüsse zur Verfügung stellen, wonach daselbe Vergleiche und Prüfungen anstellt. 3) Es ist dahin zu streben seitens der Gewerkschaften, daß solche Einrichtungen (statistische) treffen, wonach sich sämtliche Arbeitslosen melden müssen, auch die Nichtunterstützten. 4) Erhebungslisten können die Gewerkschaften, um Kosten zu sparen, von dem statistischen Amte beziehen. 5) An Unterstützungsgeldern sollen alle, Zentral- wie Lokal, verzeichnet werden; gewünscht wird, die Ausgaben getrennt anzugeben. 6) Empfohlen wird, die Unterstützungen für 6 Tage in der Woche gelten zu lassen. 7) Die Karenztage sind in die Angaben einzubeziehen. 8) Nicht die einzelnen Personen werden gezählt, sondern die Anzahl der Fälle. Die neuen Erhebungen sollen getätigt werden ab 30. September 1906.

Von Herrn Regierungsrat Dr. Leo wurde dann noch zugelegt, daß er befürworten wolle, den Gewerkschaften noch Freieemplare des „Reichsarbeitsblattes“ zu liefern. Dasselbe wird dann statt bisher am 21. am 28. d. Mts. erscheinen. Soweit die Ergebnisse der Beratungen, an denen wir gewünscht, daß unsere Verbände, die interessiert sind, alle teilgenommen hätten.

Seit dem ersten Quartal 1906 beteiligt sich an der Arbeitslosenstatistik auch unser Verband; bis jetzt der einzige unter den christlichen Verbänden, welcher sich beteiligt, trotzdem schon mehrere die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Es ist wünschenswert, daß sich auch die anderen christlichen Verbände daran beteiligen. Auch die christlichen Gewerkschaften dürfen sich nicht in den Hintergrund drängen lassen, sondern überall ihren Mann stellen. Vor drei Jahren wurde seitens des Kaiserlich Statistischen Amtes eine Abteilung für Arbeiterstatistik errichtet. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung war schon längst vorhanden und wurde somit einem Bedürfnis abgeholfen. Die Aufgaben einer solchen Institution sind vor allem erst die Gebiete, auf welchem solche Erhebungen zweckmäßig und notwendig, sind mannigfacher Natur und sehr umfangreich. So war es ganz erklärlich, daß man auch sein Augenmerk auf die Arbeitslosigkeit richtete, umso mehr, da eine Regulierung und Uebersicht des Arbeitsmarktes zur Voraussetzung hat, die Kenntnis und Anzahl der unversorgten und unbeschäftigten Arbeiter.

Nun ist naturgemäß gerade diese Materie äußerst schwer zu verarbeiten, umso mehr, da ein genügender Rohstoffboden für Erhebungen dieser Art noch kaum vorhanden ist. Städtische Arbeitsnachweise, paritätische und Schornsteinnachweise, letztere besonders — Kronenstempelvergleiche usw., sie sind alle keine Generalinstitute, um ein allgemeines Bild zu bieten, insbesondere zuverlässiger Natur. Dann fällt als schwerwiegender Umstand in die Waagschale, daß die Arbeitslosigkeit meistens von Witterungseinflüssen und Saison, je nach Beruf, stark abhängig ist. Aus diesem Grunde lag der Gedanke nahe, die eigentlichen Träger der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, zur Schaffung eines zuverlässigen Materials mit heranzuziehen. So heißt es denn auch in der „Denkschrift“ u. a.: „Die mannigfachen auf diesem Gebiete liegenden Untersuchungen privater Vereinigungen, z. B. des Vereins für Sozialpolitik, der Berufsorganisationen von Arbeitgebern und von Arbeitern, sowie manche wissenschaftliche Spezialuntersuchungen liefern nicht zu unterschätzende Anhaltspunkte.“

Die Verwirklichung dieses Gedankens, wie solcher nun längst erfolgt ist, hat ohne Zweifel große soziale Vorteile. Einmal wird für die Statistik an der Quelle geschöpft, und andererseits werden die vielen Vorurteile, die leider noch immer in den maßgebenden Regierungskreisen, besonders in Preußen und Sachsen, vorhanden gegen die Gewerkschaftsbewegung — beseitigt wie auch die Gewerkschaften selbst in die Lage kommen, ihre Notwendigkeit als öffentliche, soziale, wie wirtschaftliche Institutionen zu erweisen. Es haben aber auch die Gewerkschaften selbst ein eminentes Interesse daran, den Grund der Arbeitslosigkeit der wirtschaftlichen Kräfte, den

Prospertitätsperioden, wie der schwankenden Konjunkturen, zu erforschen, da es für ihre Stabilität, für ihre kassentechnischen Maßnahmen und Unterstützungseinrichtungen von ausschlaggebender Bedeutung ist.

An der Reichsarbeitslosenstatistik die zum ersten Male im Jahre 1903 stattfand, beteiligten sich 42 Verbände, 23 freie, 17 Hirsch-Düncker, der Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine und ein Verein der Photographen. An der Statistik für das erste Vierteljahr 1906 beteiligten sich 64 Verbände, darunter auch unser Verband. Diese 64 Gewerkschaften umfassen rund 1 1/4 Millionen Mitglieder.

Arbeitslos waren am 31. März 1906 von diesen: 12653 Personen, oder 1,1 Proz. der Mitglieder.

Mögen in Zukunft die Vorstände unserer Ortsgruppen ihr bestes dazu beitragen, damit wir den Anforderungen des Statistischen Amtes entsprechen können, wir aber auch für unseren Verband selbst den rüchlichen Nutzen schöpfen können. Vor allem sollte die Mahnung für Einsendung der Zählkarten nicht mehr notwendig sein; bis heute waren immer noch solche im Rückstande.

Ein beachtenswertes Gewerbegerichts-urteil.

Eine unsere Kollegen von Roth und Fern interessierende wichtige Verhandlung fand am 22. Juli vor dem Gewerbegericht zu Gelsenkirchen statt. Da ähnliche Fälle in der Großindustrie sehr häufig vorkommen, geben wir über die Verhandlungen einen ausführlichen Bericht.

Der Schlosser B. klagte gegen die Firma Grills und Funke in Gelsenkirchen-Schalle auf Nachzahlung zu wenig gezahlten Lohnes und sofortige Auszahlung des rückständigen Lohnes der letzten Lohnperiode.

Bei der Verhandlung am Gewerbegericht führte der Kläger etwa folgendes aus: Er habe Anfang April bei der Firma Grills und Funke Arbeit angenommen. Nachdem er drei Tage gearbeitet, habe er den Meister nach seinem Lohne gefragt. Dieser habe ihm geantwortet er B. solle im 1. Monat 3 Mk. 80 Pfg. haben und später 4 Mk. Am ersten Lohnstage habe er auch 3.80 Mk. erhalten, am nächsten, der am 13. Juni war, aber ebenfalls nur 3.80 Mk. Er sei mit der Lohnhilfe sofort zum Meister gegangen und habe ihn diesbezüglich befragt. Dieser habe sich hinter's Ohr gekrault und gesagt: Das habe er ganz verschwiegen. Auf seine Bitte, ihm eine Bescheinigung zu geben, damit er die 20 Pfg. pro Schicht nachgezahlt erhalten, meinte der Meister, er möge doch warten bis zum nächsten Lohnstage, dann solle er das Geld dabei haben. Jetzt mache das so viele unnötige Konversationen zum Betriebsführer, Bureau usw. Damit habe er sich auch zufrieden gegeben. Am 1. Juli habe er das Arbeitsverhältnis gekündigt. Als am 13. Juli der Lohn für den Monat Juni gezahlt wurde, habe er wiederum die versprochenen 20 Pfennig mehr pro Schicht nicht erhalten, sondern nur 3.80 Mk. Am 14. Juli sei seine Kündigung abgelaufen. Er habe wohl die Papiere nicht aber den rückständigen Lohn erhalten.

Die Firma Grills und Funke hatte einen Vertreter in der Person eines Beamten entsandt. Der Meister war als Zeuge erschienen.

Der Meister als Zeuge befragt, erklärte, von nichts zu wissen. Auf die Frage, warum am letzten Lohnstage die 20 Pfennig mehr pro Schicht nicht gezahlt seien, meinte er: „Wir werden einem Arbeiter, der in Kündigung steht, doch nicht noch Zulage geben.“ Auf weiteres Befragen erklärte er wieder, nichts zu wissen.

Dem Vertreter der Firma wurde nahe gelegt, dem Kläger die 20 Pfennig mehr pro Schicht zu bewilligen, damit der Zeuge nicht schließlich noch in den Verdacht des Meineides gerate.

Der Vertreter der Firma Grills und Funke erklärte, daß die 20 Pfennig mehr Lohn pro Schicht dem Kläger nachgezahlt werden sollten. Der Lohn für den Monat Juli könne erst am 13. August gezahlt werden. Hierzu führte der Vertreter der Firma etwa folgendes an: Nach der Arbeitsordnung der Firma Grills und Funke dauerten die Lohnperioden vom 1. bis zum letzten eines jeden Monats. Der Lohn werde regelmäßig am 13. des folgenden Monats gezahlt. In der Zwischenzeit erhielten die Arbeiter eine Abschlagszahlung. Auch wenn der Arbeiter seine Entlassung erhalte, sei der Lohn erst am 13. des folgenden Monats fällig. Wer einmal jehe, wie viele Arbeiter am Entlassungstage jedes Mal die Papiere nahmen, meistens seien es 60 bis

80, der könne begreifen, daß ein anderer Modus nicht möglich sei. Auch wenn man die Arbeiter als Ware betrachte, wie es ja vielfach geschieht, sei dieser Modus richtig. Der Käufer bezahle die Ware nicht, wenn er sie erhalte, sondern meistens je nach den Zahlungsbedingungen, nach ein Viertel Jahr oder noch später. Der Kläger habe bei der Annahme die Arbeitsordnung durch Unterschrift anerkannt, und sei daher an den Inhalt derselben und damit auch an die Zahlungstermine gebunden.

Das Gewerbegericht kam aber zu einer anderen Auffassung und verurteilte die Firma Grills und Funke zur sofortigen Auszahlung auch des Lohnes für den Monat Juli und zwar aus folgenden Gründen: Wichtig sei, daß der Arbeiter bei der Annahme mit der Arbeitsordnung einverstanden erklärt habe und sei diese Arbeitsordnung auch für die Zeit, während welcher er auf dem Werke beschäftigt war, für den Arbeiter bindend gewesen. Nachdem er aber am 1. Juli gekündigt, sei das Arbeitsverhältnis am 15. Juli aufgelöst und damit auch der Vertrag. Die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage seien mit der Auflösung desselben ebenso hinfällig, wie zum Beispiel bei einem Mietvertrage. Die Miete werde immer an einem bestimmten Termine gezahlt, werde aber in der Zwischenzeit die Wohnung aufgegeben, so sei die Miete sofort zu zahlen und nicht erst am bestimmten Zahlungstage. Wenn der Arbeitsvertrag, wie im vorliegenden Falle geschehen, regelrecht gekündigt worden sei, so habe die Firma bei Aushändigung der Papiere auch den rückständigen Lohn auszusahlen.

Dieses Urteil sollten sich unsere Kollegen recht gut aufheben und überall, wo eine derartige Bestimmung in der Arbeitsordnung enthalten ist, bei einer etwaigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses ebenfalls am Gewerbegericht klagbar werden. Der Einwand, wegen der vielen Abstreubenden sei eine sofortige Auszahlung des Lohnes nicht möglich, ist so jedenfalls, daß man es kaum noch möglich halten sollte, daß er von einem Werkvertreter noch vorgebracht wird. Wenn den Herren das so un bequem ist, so mögen sie doch endlich einmal mit dem veralteten System brechen, daß Kündigungen nur am 1. und höchstens noch am 15. des Monats erfolgen können. Andererseits mögen sie doch dafür sorgen, daß in den Hüttenwerken vernünftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, dann wird der starke Arbeiterwechsel von selbst aufhören. Daß mit derartig rigorosen Bestimmungen in der Arbeitsordnung, um die es sich in der obigen Gewerbegerichtsverhandlung handelte, und die den Arbeiter womöglich einen vollen Monat auf den fauer genug verdienten Lohn warten läßt, der allein beabsichtigte Zweck, die Verminderung des Arbeiterwechsels nicht erreicht wird, geht ja aus dem Eingeständnis des Vertreters der beklagten Firma, Grills und Funke, genügend hervor. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: organisiert euch im christlich-sozialen Metallarbeiterverband, dann wird es auch möglich sein, derartige Bestimmungen in den Arbeitsordnungen der Großindustrie, die nur auf die Unterbelegung der Arbeiter berechnet sind, auszumergen.

Saarabien und die roten Lügenmichel.

„Der Neid ist eine rechte Gule, so das Licht eines andern Glückes nicht betragen kann.“

Wer den roten Blätterwald rauschen hörte, über die Vorgänge im Saarrevier und besonders auf der Burdacher Hütte, versteht erst den Neid der Gewissen gegenüber dem christlichen Metallarbeiterverband.

Selbst seit Jahren Niederlage auf Niederlage erlitten, und im eigenen Lager die schönsten Revolution, muß jeder waschechte Gewisse sein Bestes leisten in Lügen und Verleumdungen gegen die verhassten Christlichen. Wäre es wahr, was die Gewissen schreiben über christliche Gewerkschaften, dann hätten dieselben bis heute mehr Mitglieder verloren, wie gewonnen. Dieser Wunsch ist auch der Vater des Gedankens bei dem Artikel über die Verfassung des Kollegen Wernerus von Aachen nach dem Saarrevier in der Nr. 30 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung unter Nachen.

Zum Ueberflus muß der Vergewaltiger und die „öffentliche“ Abrechnung über die gesammelten Gelder zur Verächtlichmachung nach erhalten.

Allen christlichen Gewerkschaften und jedem, der ein Interesse daran hatte, ist bekannt, daß im Kartell nach den Delegierten die Abrechnung zur Revision vorgelegt hat. Zudem ist über die Summen in den Tagesblättern quittiert worden. Daß bei dergleichen Anrechnungen nichts anderes bezweckt wird, wie die Verdächtigungen der Führer, geht hervor aus dem Umstand, daß die „Rheinische Zeitung“ und derselben nachbetonend die Metallarbeiterzeitung von Wernerus eine öffentliche Abrechnung verlangt, trotzdem nicht Wernerus, sondern Kollege Vinz, der damalige und jetzige Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftskartells in Aachen die Sammlung geleitet und abgeschlossen hat.

Der Schmerz der Gewissen ist auch zu groß und sie hätten Wernerus lieber nicht im Saarrevier gesehen, um dort ungeführt ihr arbeiterverräterisches Treiben durchzuführen zu können. Auf den Artikel „Ein Denkmal der Niedertracht“ in der Nr. 28 unseres Organs, weiß die Metallarbeiterzeitung nichts zu melden. Wahr, nur zu wahr ist es, daß die sozialdemokratisch organisierten Gewissen auf der Burbacher Hütte während des großen Kampfes Streikbrecherdienste geleistet haben im Verein mit den Facharbeitern. Trotzdem gelang es der einzigen Arbeitergesellschaft, organisiert im christlichen Metallarbeiterverband, einen glänzenden Sieg zu erringen. Alle Arbeiter der Burbacher Hütte bestätigen täglich, welche gewaltige Wendung zum Besseren eingetreten sei durch den Streik. Nicht das geringste wird den Arbeitern mehr in den Weg gelegt wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Sämtlichen Arbeitern der Abteilungen, die im Streik standen, ist eine Lohnerhöhung im Betrage von 40 Pfg. bis 1 Mk. und mehr pro Schicht zuerkannt worden. Genauere Feststellungen werden ergeben, daß es hunderttausende Mark Lohnerhöhung sind, die den Arbeitern in Burbach nach dem Streik jährlich mehr zugute kommen. Der Einfluß Dr. Tilles in Saarrevier schwindet dazu immer mehr. Die jüngste Sitzung der nationalliberalen Parteileitung in Köln bestätigt dieses abermals, indem Dr. Tille aus der Partei hinaus bugsiert worden ist, wegen seinem Verhalten im Saarrevier.

In den unglaublichesten Schmähungen erging sich die rote Meute, weil Wernerus den nachher selbst eingestandenen Streikbruch der Gewissen in Burbach und das arbeiterverräterische Treiben der sozialdemokratischen Saarwacht an den Pranger stellte.

Für das Denkmal der Schande legte die sozialdemokratische „Saarwacht“ das Fundament am 13. März in ihrer Nummer 61, als die ersten christlichen Metallarbeiter in Burbach gemahnt wurden. Die Meister der Hütte, das Hüttenblättchen, sowie Dr. Tille waren stets bemüht, die geringe Anzahl der christlich organisierten Arbeiter hervorzuheben, um die Direktion zu veranlassen, gegen diese „jungen Burjaken“ vorzugehen. Handlangerdienste leisteten die Gewissen diesen „solchen Beratern“ der Hütte in der angezogenen Nummer, indem sie schrieben:

„Wenn das Blatt glaubt, (gemeint ist die „Saarpost“, welche energisch protestierte gegen die Entlassung christlicher Metallarbeiter, D. Red.), durch solche Großsprecherien bei der Hüttenverwaltung Eindruck zu erwecken, so kennt sie ihre Pappenhäuser schlecht: damit löst auch die Saarpost keinen Hund hinter den Ofen hervor, namentlich aber dann nicht, wenn man die nicht einmal zwei Duzend Köpfe zählenden christlichen Metallarbeiter als „Machtfaktor“ ausspielen will.“

Mit anderen Worten: Hüttenverwaltung, nur keine Bange, die „zwei Duzend“ sind leicht klein zu kriegen.

Solche Handlangerdienste finden sich eine ganze Reihe in dem Schandbuch der roten sozialdemokratischen Arbeiterführer im Saarrevier, das Denkmal haben sie sich reichlich verdient. In der Nr. 168 der Saarwacht wird unter öden Anrechnungen gegenüber dem Kollegen Wernerus das gleiche Spiel getrieben gegen die Arbeiter von St. Ingbert und Burbach. Aber die Gewissen und speziell die Helden der „Saarwacht“ wurden durch den Streik der Burbacher Kollegen richtig gekennzeichnet.

Die eigenen Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wollen von dieser Sorte Menschen nichts mehr wissen. In St. Ingbert geht dem Gewissen Böcker seine Zahlstelle vollends in die Brüche und von Burbach melbieren sich in der vergangenen Woche eine größere Zahl Facharbeiter und auch Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zum Uebertritt in unseren Verband. Im übrigen machen die Zahlstellen unseres Verbandes im Saarrevier die besten Fortschritte. Als die ersten an der Spitze marschieren Burbach und St. Ingbert. St. Ingbert ist auf dem besten Wege,

sich dem stätlichen Fortschritt von Burbach anzuschließen; es sind heute von von zirka 1300 Arbeitern des Eisenwerkes schon 600 im christlich-sozialen Metallarbeiterverband. Alles dieses sind bittere Wahrheiten für die Gewissen, welche die christlich gesinnte Arbeiterschaft des Saarreviers aber wohl bevorzugt, indem sie eifrig dafür sorgt, den letzten Metallarbeiter für den christlich-sozialen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Währenddem aber mühen sich die Sozialdemokraten ab, mit Verdächtigungen und Lügen gegen unsern Verband weiter zu arbeiten.

Christliche Arbeiter, zeigt diesen Gefellen durch massenhaften Beitritt zum christlich-sozialen Metallarbeiterverband, daß ihr den rechten Weg zum Ziel gefunden.

Schramberg.

Der erste Uhrengrößbetrieb veröffentlichte schon seine Jahresbilanz. Das Schramberger Tagblatt berichtet:

(Vereinigte Uhrenfabriken von Gebrüder Junghans u. Thomas Haller A.G.) In der heutigen Sitzung hat der Aufsichtsrat beschlossen, der am 11. September ort. abzuhaltenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent vorzuschlagen. Nach den Abschreibungen (242 322,05 Mark) beträgt der Reingewinn 428 016,80 Mark. Nach Dotierung des Reservefonds und nach Abzug der Lantimen und Remunerationen verbleibt ein Vortrag von 13 200 Mark. Nach den Berichten des Vorstandes ist der Rückgang in dem Ergebnis auf das bisher andauernde Sinken der Verkaufspreise bei steigenden Löhnen und Rohmaterialienpreisen zurückzuführen, welche Umstände insbesondere bei den billigen Schwenninger Massenartikeln nachteilig wirkten. In dem ersten Quartal des laufenden Betriebsjahres hat sich der Umsatz, welcher auch im Jahre 1905 auf 1906 beträchtlich gestiegen war, wiederum gehoben, und so gleichzeitig die längst vorhandenen Bestrebungen innerhalb der Branche zu einer mächtigen Erhöhung der Verkaufspreise geführt haben, können die Aussichten für die nächste Zukunft als nicht ungünstig bezeichnet werden.

In diesen trockenen Zeilen ist doch etwas mehr enthalten, als man gerade hier annimmt. Zum ersten wird zugegeben, daß nicht alle Jahre so niedrig im Reingewinn gestanden, wie dieses Jahr mit 6 Prozent, ein „Merks“ für die ängstlichen Seelen auf dem Schwarzwalde, welche der Meinung sind, die Uhrenindustrie könnte eine Besserstellung der Arbeiterlöhne nicht vertragen.

Des Ferneren wird von Erhöhung der Löhne gesprochen. Man munkelt hier, daß diese Erhöhung noch nicht so alten Datums sei. Nachdem man erfährt, daß der christl. Metallarbeiter-Verband einen Sekretär nach Schramberg jezt, wurde den Tagelöhnern bei Junghans 20 Pfennig pro Tag zugelegt. (Gewiß schon ein beträchtlicher Erfolg des Verbandes.) Weiter spricht der Bericht von der Schwenninger Konkurrenz, wie wäre es denn da, wenn die Firma Junghans und Gebr. Haller selbst einen dementsprechenden Druck auf die Schwenninger Verhältnisse ausüben würden, nachdem sie ja etwa 600 Leute dort beschäftigen, oder rechnet man vielleicht auf das Einwirken der Arbeiterorganisation? Leider muß zugestanden werden, daß die Schwenninger Arbeiterschaft fast noch weniger Verständnis für ihre eigene Lage hat, wie die Schramberger und deshalb von einem günstigen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf eine längere Zeit nicht die Rede sein kann.

In dünnen Worten heißt es dann weiter:

„Und da gleichzeitig die längst vorhandenen Bestrebungen innerhalb der Branche zu einer mächtigen Erhöhung der Verkaufspreise geführt haben u. s. f.“; da ist die Frage erlaubt, wer sich innerhalb der Branche geeinigt hat? Doch wohl niemand anders als die Herren Uhrenindustriellen des Schwarzwaldes. Uns soll das nur recht sein. Eines ist nicht zu leugnen, für den, der die Verhältnisse kennt hier oben, und schon mit Uhrenfabrikanen zu tun hatte, der wird bestaunen, daß die gegenseitige Konkurrenz sehr oft zur Schmutzkonkurrenz ausartet auf Kosten der Arbeitskraft. Man soll allerdings, so verlautet es, da und dort zwischendurch, auch auf eventuelle Forderungen der Arbeiterorganisationen Bedacht genommen haben bei jenen Einigungsverhandlungen, indem man den Verkaufspreis gleich um einige

Prozente höher zu setzen beabsichtigt. Nun ist aber Tatsache, daß von einer Preisabwertung bis zur Arbeitgeberorganisation der Weg nicht mehr allzuweit, und diese selbst trägt durch ihre Tätigkeit Sorge, daß die Arbeiter allmählich zum Bewußtsein kommen.

Was oft hunderte von Besammlungen und Flugblätter nicht zu stande bringen, das vermag dann die Organisation der Uhrenindustriellen.

Hunderte von Schramberger Uhrenarbeiter werden den Bericht zu Gesicht bekommen, um sich dann zu sagen, der Betrieb hat schlecht abgeschnitten, wir können nichts machen, wenn uns da und dort abgezogen würde. Von diesem Schlage ist noch ein großer Teil der Schwarzwalder Arbeiter im Allgemeinen, und deshalb hält es nicht gar so leicht, die Arbeiter der Organisation zuzuführen. Durch eine kluge (mehr schlaue) Liebesgabenpolitik verstehen es die Herren Unternehmer dann noch wieder die mit ihrer Lage Unzufriedenen zu beruhigen. Nichtsdestoweniger wollen wir arbeiten, um den Verkaufspreis unserer Ware, Arbeitskraft, ebenfalls gemeinsam festsetzen zu können; nicht unmaßig verlangen dies dann die Arbeiter, sondern auch mäßig.

Deshalb rastlos ans Werk, bis der letzte in unserer Reihen ist, wo er hin gehört, in den christlichen Metallarbeiterverband.

Würfeln.

Der Streik auf der chemischen Fabrik von Moritz Honigmann.

Eine sehr schwere Gewitterwolke am wirtschaftlichen Horizont ist in unserem Ort heraufgezogen und hat sich auch schon teilweise entladen, indem die Arbeiter der hiesigen chemischen Fabrik am Samstag den 21. Juli, nachdem alle Versuche, die Sache auf friedlichem Wege zu schlichten, nichts halfen, in den Streik traten.

Um die Sache richtig klar zu stellen und daß sich jeder darüber klar wird, ob die Arbeiter richtig oder unrichtig gehandelt haben, müssen wir ein halbes Jahr zurückgreifen.

Im Februar dieses Jahres kamen die Arbeiter der Werkstätte aus der chemischen Fabrik und unterbreiteten dem Vorstand unserer Ortsgruppe verschiedene Mißstände, die aber mit der Lohnfrage nichts gemein hatten, sondern nur von menschenunwürdigen Behandlungen sprachen.

Der Vorstand nahm sich dieser Sache an und unterbreitete der Betriebsleitung die Wünsche der Arbeiter der Werkstätte. Darauf kam kurz die Antwort, wir verhandeln nur mit unseren Leuten. Daraufhin erging ein zweites Schriftstück an die Betriebsleitung mit der Bemerkung, daß die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung nicht gern persönlich vorstellig würden und die Hauptsache wäre ja die, daß die Betriebsleitung wisse, daß Mißstände vorhanden wären, es bliebe sich insofern gleich, ob die Arbeiter diese der Betriebsleitung unterbreiteten, oder der Verband. Darauf kam die Antwort, wir verhandeln nur mit unsern Arbeitern, wir betrachten die Sache für uns für erledigt. Durch die Uneinigkeit unter den Arbeitern selbst ist die Sache auch damals in den Sand verlaufen.

Am 12. Mai dieses Jahres kamen wiederum 12 Arbeiter der Kolonne Träger aus der chemischen Fabrik und unterbreiteten dem Vorstand verschiedene Mißstände betreffs Wohnförderung, Pausen, Regelung der Nacharbeit, bessere Behandlung und Einführung eines Fabrikauschusses. Da nun Herr Honigmann verschiedentlich den Ausdruck gebraucht hatte, ich verhandle nur mit meinen Arbeitern, wählten die Arbeiter eine Kommission, von 6 Mann, die in dieser Angelegenheit bei Herrn H. vorstellig werden sollte. Die Arbeiter dachten nun, da sie selbst mit Herrn H. in Verhandlung traten, ihre Wünsche würden Berücksichtigung finden. Aber weit gefehlt. Derselbe Herr Honigmann, der im Februar noch erklärte, ich verhandle nur mit meinen Arbeitern, hörte auch jetzt keine Arbeiter nicht an, sondern erklärte rundweg, wenn ich etwas tue, dann tue ich das aus mir selbst und wenn ich einen Fabrikauschuß wünsche, wähle ich mir den selbst, und zu dem sich mit den Arbeitern unterhaltenden Betriebsleiter sagte er, unterhalten sie sich nicht mit solchen Leuten. Durch das widersinnige Verhalten des Herrn Honigmann, erklärten sich die übrigen Arbeiter des Betriebes mit den Arbeitern der Trägerkolonne solidarisch und erklärten zugleich die Wünsche und Forderungen der Trägerkolonne als berechtigt an.

Mit dieser Solidaritätserklärung stellten sämtliche Arbeiter ihre Forderungen gemeinsom auf und reichten dieselben mit zirka 130 Unterschriften ein, erbat sich aber innerhalb 5 Tagen Antwort. Diese legte wieder dahin, daß Herr S. sich auf nichts einlasse.

Die Arbeiter erklärten in einer Fabrikversammlung, in geheimer Abstimmung einstimmig, falls ihre Wünsche nicht berücksichtigt würden, die Kündigung einzureichen. Dieser Beschluß wurde ihm vom Vorstande des Verbandes unterbreitet und innerhalb drei Tagen Antwort erwünscht. Da diese ausblieb, reichten 128 Arbeiter am 7. Juli ihre Kündigung ein. Nach Ablauf der Kündigung sind am 21. Juli die Arbeiter, denen sich noch eine Anzahl angegeschlossen hatten, in den Ausstand getreten.

Jetzt versteht es natürlich die Betriebsleitung sehr gut, die ganze Sache von sich zu wälzen und erklärt, die Arbeiter wären verheßt worden von seiten der Organisation. Hierzu bemerken wir ersicht, die Arbeiter sind aus eigenem Antriebe, durch die Not gedrungen, zum Verbau gekommen und haben demselben die Mißstände unterbreitet. Daraus ergibt sich von selbst, daß nicht der Verband und dessen Leiter, sondern die, welche solche zum Himmel schreienden Mißstände verursachen, die Arbeiter verheßt haben.

Ist es nicht traurig, daß man im 20. Jahrhundert noch um menschenwürdige Behandlung kämpfen muß. Duzende Namen aus dem Tierreiche werden den Arbeitern von morgens bis abends an den Kopf geworfen. Ist es ferner nicht traurig, daß bei solcher Behandlung Arbeiter täglich 12-15 Stunden für Mark 2.80 bis Mk. 3.80 arbeiten müssen. H. Honigmann glaubte auch (mit Recht) aus einem Schreiben, worin eine Aufbejderung dieser Löhne gewünscht wurde, den ihn beleidigenden Ausdruck *Sun-gerlöhne* zu lesen. Ein dort übliches Akkordsystem macht den Arbeitern unmöglich, zu wissen, welcher Lohn ihnen am Sonntag zukommt. Derselbe wird ihnen gewöhnlich nach Willkür der Vorarbeiter angerechnet, wobei dann selbstredend manche Unregelmäßigkeiten vorkommen. Um diesem Mißstande abzuwehren, forderten die Arbeiter einen einheitlichen Tagelohn. Einer Kolonne wurde ein Pferd zur Hilfe von der Betriebsleitung gestellt, durch die Mehrleistung, welche hierdurch erzielt wurde, hofften die Arbeiter einen höheren Lohn zu erreichen. Aber, o Graus, am Schlusse des Monats gingen sage und schreibe 100 Mark vom Gesamtkfordr der Kolonne als Lohn für das Pferd ab, welches somit mehr verdiente wie der einzelne Arbeiter.

Um das Organ nicht ganz zu beanspruchen, behalten wir uns weiteres für nächste Nummer vor. Angesichts dieser Tatsachen überlassen wir jedem recht denkenden Menschen das Urteil, auf welcher Seite das Recht sich befindet.

Eine in dieser Angelegenheit tagende öffentliche Versammlung von zirka 1500 Bürger und Arbeiter befaßt, erkannte die Forderungen und das Vorgehen der Arbeiter als berechtigt an, sollten ihnen ihre vollste Sympathie und versprochen in einer diesbezüglichen Resolution die Arbeiter materiell und moralisch zu unterstützen.

Inzwischen haben sich nun die Dinge in Würzelen ganz bedenklich zugeipigt. Am vergangenen Samstag brachte der Telegraph folgende Nachricht aus Würzelen:

In Würzelen bei Macheu wurde Sonnabend früh gegen 5 Uhr der Vorsitzende Schümmer der dortigen Ortsgruppe des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes aus dem Bette heraus von zwei Gendarmen und einem Polizeidiener verhaftet und in das Macheuer Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Der Grund der Verhaftung wurde nicht angegeben. Man hört, daß Schümmer beschuldigt wird, aus Anlaß des Streiks in der chemischen Fabrik von Moriz Honigmann einen Straßenaufmarsch veranlaßt zu haben. Um neun Uhr vormittags sollten Einigungsverhandlungen zwischen der Kommission der Streikenden und der Firma stattfinden, die Arbeiter verlangten indessen, daß ihr verhafteter Vorsitzender zugegen sein müsse.

Die angeblichen Straßenaufmärsche sollen sich ereignet haben, als die Firma Honigmann eine Kolonne Arbeitswilliger aus Holland nach Würzelen holte und die Streikenden nun versuchen, sich mit den holländischen Arbeitern über die bestehenden Differenzen zu verständigen und vor dem Streikbruch zu warnen. Wie die christlichen Arbeiter über die

Verwendung ausländischer Arbeiter als sogenannte „Arbeitswillige“ und Bohndrücker gegen die heimischen Arbeiter denken, ist auf dem 6. Kongreß der christlichen Gewerkschaften vor aller Deffentlichkeit hervorgehoben worden. Als Schutz der nationalen Arbeit können sie den Import ausländischer Arbeiter nicht betrachten. Würzelen ist ein neues klassisches Beispiel dafür. Und daß man den Vorsitzenden der Ortsgruppe wegen angeblicher Veranlassung von Straßenaufmärschen wie einen gemeinen Verbrecher aus dem Bette heraus verhaftet, wo ein Fluchtverdacht gar nicht vorliegt, ist ein Beweis, wie auch heute noch an manchen Orten Polizei und Arbeitgeber im Kampfe gegen die berechtigten Interessen Hand in Hand arbeiten.

Aus dem Dillkreise.

In dem mit Naturschönheiten so reich gesegneten Dillkreise lassen die Arbeitsverhältnisse auch für unsere Kollegen noch vieles zu wünschen übrig, wie wir bereits in unserem Verbandsorgan klargestellt haben. Daß da nur durch die Organisation Abhilfe geschaffen werden kann, haben denn auch erfreulicher Weise in letzter Zeit die Arbeiter einsehen gelernt und sich dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Die Kollegen der Bürger Hütte (Former und Vießreiarbeiter) haben die ersten Schritte zur Aufbejderung ihrer Lage getan. Hierüber berichtet der „Rassauer Volksfreund“ in Nr. 80 wie folgt:

Eine imposante christlich-nationale Arbeiterversammlung tagte am vergangenen Sonntag in Hertenfelsbach. Der Göbel'sche Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Gegenstand der Verhandlungen waren die Vorgänge auf der Bürger Hütte. Gewerkschaftssekretär Schmitz-Röhm vom christlichen Metallarbeiterverband war als Referent anwesend. Derselbe wies in seinem Referat auf die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften hin und hob deren stets Vorwärtsschreiten auch im Dillkreise hervor. Die Arbeiterjugend sei sich dessen klar bewußt, daß die Hebung ihrer Lage im Interesse der Gesamtheit notwendig sei.

Die Arbeiter der Bürger Hütte hätten, gestützt auf die christliche Organisation, die Verwirklichung um Einführung der 10stündigen Arbeitszeit mit 15 Proz. Lohnaufschlag sowie Einführung eines ständigen Arbeiter-Ausschusses erjacht. Vor allem sei das Streben der Arbeiter nach einer angemessenen Arbeitszeit vollauf berechtigt, zumal anderwärts und auch in gleichen Betrieben im Dillkreise eine 10stündige Arbeitszeit vorzufinden sei.

Zu der beantragten Lohnerhöhung wählten die Arbeiter um so mehr berechtigt zu sein, als bei einem vor einigen Jahren erfolgten Abzug seitens der Werksleitung das Versprechen abgegeben worden sei, bei besserer Konjunktur die Löhne wieder zu erhöhen, und daß durch die Erhöhung lediglich ein Ausgleich im Verdienst geschaffen würde.

Ueber das gegenseitige Wirken der Arbeiterausschüsse, die als Vermittlungsinstanz das Interesse von Arbeitgeber wie -nehmer fördern müßten, herrschte heute Einstimmigkeit. Um so unerklärlicher sei es, daß der Inhaber der Bürger Hütte, Herr E. Jung, für die Wünsche der Arbeiter nicht das nötige Verständnis zeige.

In der ersten Verhandlung habe Herr Jung darauf hingewiesen, daß seit 1902 das Verdienst der Arbeiter um 35 Proz. gestiegen sei. Tatsache sei, daß Akkordpreise seit 1902 reduziert worden seien. Nur durch die äußerste Anstrengung der Arbeiter, die selbst die Mittagspausen durcharbeiten, sei ein Mehrverdienst erzielt worden. Einer weiteren Abordnung der Arbeiter gegenüber habe Herr Jung erklärt: „Ich will Euch alles bewilligen, nur müßt Ihr aus der Organisation austreten und mir dieses schriftlich geben.“ Hierdurch habe Herr Jung zugegeben, daß die Arbeiter gerechte und durchführbare Forderungen gestellt hätten. Sache der Arbeiter sei es, jetzt darüber zu befinden, ob sie sich mit diesem einverstanden erklären könnten.

In der Diskussion erklärten sämtliche Redner (Arbeiter der Bürger Hütte), daß die gestellte Bedingung „aus der Organisation auszutreten“ unannehmbar sei, daß die Arbeiter sich auf das Recht der Organisation unter allen Umständen bestehen müsse, genau wie die Arbeitgeber, und Herr Jung im Hertenfelsbach'schen Hüttenverein.

Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 8. Juli 1906 tagende, gut besuchte christlich-nationale Arbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen auf der Bürger Hütte. In der Folge des Herrn Jung, die gewünschte 10stündige Arbeitszeit mit 15 Proz. Lohnaufschlag

einzuführen,“ erblickt die Versammlung die volle Berechtigung und Durchführbarkeit der Wünsche der Arbeiterschaft. Mit aller Entschiedenheit weisen die Versammelten das von Herrn Jung gestellte Ansuchen, „bei Bewilligung der Wünsche aus der Organisation auszutreten,“ zurück und erklären, niemals ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht preisgeben zu wollen. In Erwägung, daß Herr Jung die Berechtigung und Durchführbarkeit der Wünsche anerkannt hat, spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß ohne irgendwelche Schmälerung ihrer Rechte eine Verwirklichung der Wünsche erfolgen wird. Des weitern erklären die Versammelten, mit allem Nachdruck für die weitere Ausdehnung der christl. Gewerkschaftsbewegung eintreten zu wollen.“

Im Schlußwort erwähnte Herr Schmitz die Arbeiter zu treuer Pflichterfüllung, Ruhe und Besonnenheit, aber auch zu entschiedenem Festhalten an ihren Rechten. Den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften zufolge würden wir versuchen, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen. Der Kampf der Arbeitgeber gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter sei ein vergeblicher, wie besonders die Vorkommnisse im Saargebiet erneut bewiesen hätten. Durch fortgesetzte Maßregelungen habe die Leitung der Burbacher Hütte die Organisation sprengen wollen, nach der vom Verband eingeleiteten Abwanderung der Arbeiter gebe man sich heute alle Mühe, die Arbeiter für die Hütte zu erhalten.

Mit einem kräftigen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Wer sich jetzt noch mit den Gedanken trägt, daß die Arbeiter des Nassauerlandes sich das Recht der Organisation abkaufen lassen, den dürften die Tatsachen eines besseren belehren.

Tagtäglich mehrt sich die Zahl der organisierten Kollegen. Darum, Kollegen! Vorwärts auf der ganzen Linie! Glück auf!!!

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine

verlieren in der Arbeiterschaft immer mehr an Bedeutung. Das hat sich wieder in eklatanter Weise bei den Gewerbegerichtswahlen in Krefeld gezeigt. Während dort die christl. Arbeiter einen ganz großartigen Sieg errungen haben, sind die Hirsche trotz aller Großmäuligkeit von „Regulator“ und „Westdeutsche Arbeiterpost“ vollständig — leer ausgegangen. Trotzdem sich auch noch der angeblich 1100 Mitglieder zählende evangelische Arbeiterverein mit den Hirschen verbündete, brachten sie es im ganzen nur auf sage und schreibe 268 Stimmen. Wir werden uns aber nicht wundern, wenn sie auch diesen Reinsfall als großartigen Erfolg in die Welt hinausschreien.

Die christl. Arbeiter vereinigten auf ihre Kandidaten 3683 Stimmen gegen 1520 im Jahre 1903, verdoppelten sich also; ebenso erhielten sie 14 Kandidaten gegen 7 im Jahre 1903, während die sozialdemokratischen im Jahre 1903 — 17 Kandidaten bekamen und jetzt nur 10, also 7 Kandidaten an die christl. Arbeiter abtreten mußten. Die Hirsche gingen, wie oben schon gesagt, trotz der Verbindung mit dem evangelischen Arbeiterverein, vollständig leer aus, ein Resultat, wie es nach all den Großsprecheren der Oberhirsche, klüglischer nicht gedacht werden kann.

Bei dieser Gelegenheit dürfte an verschiedene Wahlen derselben Art vom vergangenen Jahre erinnert werden. In Düsseldorf erhielten die Hirsche-Duncker'schen von 10 Kandidaten 1, aber auch für diesen hatten sie nicht einmal die nötige Stimmenzahl aufgebracht, es wurden ihnen vielmehr die überzähligen Stimmen der soziald. Liste zugezählt, sonst wären sie auch da völlig leer ausgegangen. In Essen erhielten sie von 8 Kandidaten keinen, da sie von 15000 abgegebenen Stimmen noch nicht 1000 erhielten. In Gelsenkirchen gelang es ihnen, von 16 Kandidaten drei durchzubringen; hier entfielen 9 auf die Christlichen, 4 auf die Sozialdemokraten; ebensoviel in Möncheim, wo aber 40 Vertreter gewählt werden mußten. Aber in Mülheim am Rhein und ebenso in Posen waren ihre Bemühungen umsonst; dort kamen je 5 Kandidaten auf die Christlichen und Sozialdemokraten; hier 14 auf die Polen, 5 auf die Sozialdemokraten und einen auf die Christlichen.

Unsterblich blamiert haben sich die H.-D. Ende vorigen Jahres in München. Dort waren 60 Bewerber zu wählen. Da sie aus den eigenen Reihen so viel Leute gar nicht aufbringen konnten, setzten sie die Namen von fünf Genossen auf ihre Liste ohne deren Willen und Wissen, wogegen diese aber energ-

gisch, sowohl in der Presse, wie durch öffentliche Plakate protestierten. In einigen Wahlbezirken erhielten sie auch noch nicht mal soviel Stimmen, als sie Kandidaten für dieselben aufgestellt hatten. Das Resultat dieser Wahl war 11012 Stimmen für die Sozialdemokraten, 2415 für die Christlichen und nur 107 für die Hirsch-Dunderschen. An Beisitzern erhielten erstere 49, die letzteren keinen, die Christlichen 11.

Analog mit diesen Mißerfolgen bei den so bedeutenden Gewerbeerichtswahlen ist die ganze Entwicklung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Während sie im Jahre 1903 schon nur um 7364 Mitglieder zunahmen, betrug diese im folgenden nur 1674, um auf etwa 5000 im Jahre 1905 zu steigen. Demgegenüber braucht nur darauf verwiesen zu werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1904 eine Zunahme von 95348 und im vergangenen Jahre eine solche von 80550 zu verzeichnen hatten. Die Hirsch-Dunderschen Verbände, die im Jahre 1868 gegründet wurden, zählen zurzeit etwa 120000, die christlichen, die erst auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken, zählen heute bereits über 300000 oder 2 1/2 Mal so viel Mitglieder wie die viel älteren Hirsch-Dunderschen. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Organisationen haben die H.-D. durch ihre geringe Leistungsfähigkeit und ihre Schamtel- und Knobelstaktik selbst erschüttert.

Anträge zur Generalversammlung.

Ortsgruppe Bochum.

Die Mitgliedsbücher in der bisherigen Form abschaffen und dafür nur Quittungsbücher einführen.

Begründung:

Die durch die heutigen und späteren Zeitverhältnisse nicht zu umgehende taktische Anpassung, wird eine Abänderung der Statuten von Zeit zu Zeit benötigen. Diese Abänderungen führen zu Unzuträglichkeiten, indem die ständigen Nachträge, das Mitgliedsbuch unhandlich und nicht übersichtlich gestalten. Auch werden oft die Nachträge gar nicht eingehendet und gibt das Mitgliedsbuch so ein falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen unseres Verbandes.

Ortsgruppe Mülheim-Rhein.

Antrag 1.

a) Jede Ortsgruppe erhält künftighin einen Zulagszuschuß von 12 Prozent der Wochenbeiträge; alle übrigen Gelder gehen unverkürzt an die Zentrale.

b) Alle Agitations- und Verwaltungskosten des Bezirks, sowie Beamtengehälter trägt die Zentrale.

Begründung.

a) Mit 10 Proz. der Wochenbeiträge ist es den meisten Ortsgruppen nicht möglich, auszukommen, da dieselben für lokale Zwecke, Parteibeiträge und Agitationskosten sehr belastet sind. Uebrigens sind eine ganze Reihe christl. Verbände und ebenso gegnerische, die einen höheren Prozentsatz erhalten für die Lokalkasse als der von uns beantragte.

b) Da die Unkosten in den Bezirken sich so steigern, daß die Zentrale doch immer wieder benötigt ist, hohe Summen an den Bezirk zu veranlassen, ist es besser, wenn die Zentrale sämtliche Unkosten der letzteren deckt.

Antrag 2.

In Zukunft bleiben die vielfach aufgenommenen Vermählungs-Anzeigen weg aus dem Verbands-Organ. Statt dessen wird eine literarische Rundschau eingeführt.

Begründung:

Die Ortsgruppe Mülheim-Rhein ist der Ansicht, daß diese Anzeigen die Allgemeinheit doch nicht interessieren.

Streiks und Lohnbewegungen.

Duisburg. Die Bewegung bei der Firma Beckem und Keetman gegen die Einführung der Akkordkontrollen ist erfolgreich für die Arbeiter beendet. Nach nochmaliger Verhandlung mit Herrn Kommerzienrat Keetman durch den Arbeiterausschuß beider Werke wurde eine vollständige Einigung mit der Firma erzielt. Ein Versuch mit der neuen Akkordkontrolle soll vor dem 1. April 1907 nicht gemacht werden. Die 14 entlassenen Schmiede werden wieder eingestellt und erhalten ihren Lohn für 14 Tage nachbezahlt. Die Arbeitsord-

nung soll umgeändert werden und die zwangsweise Mitgliedschaft zur Pensionskasse und Fabrikgejangverein aufgehoben.

Damit sind die Differenzen beseitigt und die Arbeiter haben, ohne zum äußersten Mittel der Arbeitsniederlegung greifen zu müssen, einen vollen Erfolg errungen. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die schlimmsten Gegner der Arbeiter die Betriebsleitung und Direktion des Werkes waren, während die Firmeneinhaber selbst sich auf einen viel veröthlicheren Standpunkt stellten, was denselben zur Ehre gereichte. Die Arbeiter haben durch die Organisation einen vollen Erfolg errungen.

Ihre Aufgabe muß es nun sein, durch treues Festhalten an der Organisation und Aufklärung der Indifferenten, dafür zu sorgen, daß sie bei allen Vorkommnissen stark genug sind. Dann wird es auch später möglich sein, Erfolge zu erringen. Die Duisburger Metallarbeiter insgesamt, mögen aus den Differenzen bei der Firma Beckem u. Keetman die Lehre ziehen, daß es die höchste Zeit ist, sich der Organisation anzuschließen, weil nur dadurch Verwässerungen abgewehrt und ihre Lage gebessert werden kann. Hinein deshalb in den christl. Metallarbeiterverband.

Sagen. Klempner in Lohnbewegung eingetreten.

Birjelen. In der chemischen Fabrik von Honigmann Differenzen ausgebrochen.

Siegburg. Bei der Firma Wolfs Rattinfärberei Differenzen ausgebrochen. Reparaturhandwerker, Heizer und Maschinenisten kommen in Betracht.

Dortmund. Zuzug von Formern und Gießereiarbeitern ferngehalten.

Duisburg. Fittingswerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.

Dinklage. Zuzug von Formern ferngehalten.

Emmerich. In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von van Gimborn Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

Bremen. Klempnerstreik.

Mülheim a. Rhein. Bei der Firma Israel und Söhne Schmiede und Stellmacher wegen Differenzen gekündigt.

Eisenach. Fahrzeugfabrik, Streik der Schlosser, Schmiede, Dreher und Hobler.

Gustkirchen. Bei der Firma Josef Mahta, Luxuswagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. August der zweiunddreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 5. August bis 12. August 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und mußte: hafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Zu dem Bericht aus Mülhausen i. E. bringen wir nachstehende Erwiderung der Ortsgruppe Freiburg:

In Nr. 28 unseres Organs steht eine Notiz aus Mülhausen, worin unsere Ortsverwaltung als Wahlvorstand verdächtigt wird, Wahlbevormundung verübt zu haben, indem sie nicht genügend auf die Gleichberechtigung sämtlicher Kollegen geachtet hätte, sowie durch ihr ungerechtes Vorgehen andere Vorschläge als die ihrigen gar nicht anerkennt. Unsere Ortsverwaltung kann gar nicht begreifen, wie überhaupt so etwas in unser Organ kommen kann, ohne daß sich die Zentrale vorher über den Tatbestand erkundigt. Solche Sachen gehören denn doch im Interesse unseres Verbandes schriftlich und nicht auf solche Art in Ordnung gebracht, selbst wenn sie wahr sind. Wer die Notiz liest, muß doch entschieden zur Ansicht kommen, wenn so etwas im Organ steht, daß es keine Wichtigkeit hat und unser Ortsverwaltungen wird dadurch in ganz Deutschland, vor allem aber in unserem Wahlbezirk ins schlechte Licht gerückt. Wir haben in unserer letzten Sitzung beschlossen, von einem Gegenartikel von unserer Seite im Interesse unseres Verbandes Abstand zu nehmen, bitten jedoch den Zentralvorstehenden ent-

schieden, die Sache im Organ zu berichtigen. Nun furtz der Tatbestand:

In der Zeit vom 10.—20. Mai traten wir an sämtliche Ortsverwaltungen unseres Wahlbezirks mit der Bitte, um Vornahme der Wahl und mit einem Wahlvorschlag von unserer Seite, in welchem unser Vorsitzender Fränkle als Delegierter und der Vorsitzende der Mülhauser Zahlstelle, Kollege Gjalber, als Ersatzmann vorgeschlagen wurde.

Wie wir hörten, waren die Mülhauser zuerst der Ansicht, daß man den Bezirksleiter Kollosrat als Delegierten entsenden sollte. Etwa 3—4 Wochen nach diesem erklärte jedoch der Vorsitzende der Zahlstelle Mülhausen, unserem Vorsitzenden gegenüber, daß sie wahrscheinlich nicht nach unserem Vorschlag, sondern den Kollegen Gjalber als Delegierten wählen würden, worauf letzterer erklärte, daß selbstverständlich jede Zahlstelle wählen kann wen sie will. Am 22. Juni kam alsdann ein Schreiben an unseren Vorsitzenden, in welchem erklärt wird, daß die Zahlstelle Mülhausen Kollege Gjalber als Delegierten gewählt hat und bittet, ebenfalls dafür zu stimmen, da gegenteiliges auch von ihrer Seite geschah. Hierauf wurde erklärt, daß man doch jetzt, nachdem wir schon an alle Zahlstellen zum 2. Male geschrieben um Vornahme der Wahl, nicht verlangen könne, daß wir nochmals mit einem Wahlvorschlag an dieselben herantreten könnten, zumal alles auf Kosten der Lokalkasse geschehe. (Und in der Notiz wird gesagt, die Ursache wären die Kosten). Dieses schien dem Vorsitzenden in Mülhausen Grund genug um eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Hätte er statt dessen seine Leute zusammengetrommelt und eine einstimmige Wohl zu seinen Gunsten herbeigeführt, wäre er gewählt gewesen und hätte sich alles andere sparen können. Eine größere Inkonsequenz wie hier, kann man sich gar nicht vorstellen. Wenn nicht der Mülhauser Vorschlag durchgeht, hört die Gleichberechtigung auf, wenn jedoch wir nach ihrem Willen tun, ist sie hergestellt.

Die Freiburger Kollegen sind doch auch keine Neulinge mehr. Es sind gewiß auch noch eine Anzahl älterer Kollegen darunter, die wissen, was zu tun ist. Wenn der derzeitige Vorsitzende auch noch jung ist, so hat er es gewiß bis jetzt noch nicht fehlen lassen, wenn es galt für den Verband etwas herauszuschlagen. Mit solchen Mitteln kann man auch in Freiburg nichts erreichen.

Nun, der Red. Trozdem die Ortsgruppe Freiburg in ihrem Berichte angab, von der Veröffentlichung einer Erwiderung im Organ Abstand zu nehmen, haben wir dieselbe veröffentlicht, um derselben Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Richtiger wäre es von den Kollegen in Mülhausen gewesen, anstatt im Organ zuerst sich an den Vorstand in Freiburg zu wenden. Solche kleinen Differenzen trägt man nicht sofort vor der Öffentlichkeit aus. — Damit halten wir die Sache für erledigt.

Wochen II. Am Sonntag, den 22. Juli, fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Winters erstattete Bericht über die stattgefundenen Bezirksversammlungen, woraus hervorging, daß der christl.-soz. Metallarbeiterverband im Berichtsjahre mehr an Erfolgen zu verzeichnen hatte, als andere Organisationen des Bezirks, die 20—30 Jahren beständen. Redner behandelte eingehend die Bewegungen die unser Verband im Jahre 1905 im Aachener Bezirk zu führen hatte. Bei diesen Streiks hätte unser Verband allein die Summe von 18597 Mark 10 Pfg. ohne Lokalunterstützungen ausgezahlt. Dieses sei der schlagendste Beweis, um den Gegnern den Mund zu stopfen. Wenn auch der Bezirk und speziell unsere Ortsgruppe in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht hätten, so dürften doch Vorstand, Vertrauensleute und Mitglieder nicht erschöpfen für unsere gute Sache einzutreten. Desgleichen ging Redner auf die Agitationsweise der Hirsch-Dunderschen auf dem Hüttenwerk Rote Erde ein. Auf einer Besprechung der Stahlwerkarbeiter vor der Bewegung erklärte Herr Hartmann, H.-D. Beamter: „die Kollegen sollten 6 Wochen Beiträge im Voraus bezahlen, dann erhielten sie direkt Unterstützungen. Nun brauche man sich nicht zu wundern, daß man jetzt von Arbeitern auf dem Hüttenwerk hören mußte, sie würden nicht eher der Verbände beitreten, bis sie in der Bewegung ständen, dann zahlten sie 6 Wochen Beiträge im Voraus und die Unterstützung sei ihnen gesichert.“

Wie man eine solche Taktik von einem sich Arbeiterführer nennenden bezeichnen sollte, überlasse er einem jeden Kollegen. Des weiteren erklärte Herr Hartmann: „daß er nicht monatelange Kämpfe führen wie andere Organisationen, sondern eine Bewegung müßte in 14 Tagen ihren Abschluß finden und weil

wir die wirtschaftlich Schwächeren seien, müßten wir nachgeben." Jetzt sei Herr Hartmann schon dazu übergegangen, nicht mehr in 14 Tagen, sondern in 3 Tagen müßte ein Streit erledigt sein.

Mitglieder zu fangen versuchten Vertrauensleute des Hirsch-Dunker'schen Verbandes, indem sie erklärten: „Laß dich nur aufnehmen bis die Bewegung vorbei ist“. Ob hierdurch der Indifferentismus verdrängt oder gefördert werde, dieses überlasse er, Redner, den Kollegen, sich selbst zu beantworten. In einer öffentlichen Versammlung hätte ein Vorsitzender der Hirsch-Dunker erklärt: „Wenn etwas auf dem Hüftenwerk gemacht wird, dann wird es nur durch den H.-D. Verband geschehen.“ Ob aber der H.-D. Verband in der Lage sei, etwas Ersprießliches für die Arbeiter des Hüftenwerks zu leisten, sei nach den Ausführungen und Leistungen des H.-D. Beamten und der Vertrauensleute sehr zu bezweifeln. Wenn unsere Mitglieder sich vor Schäden bewahren wollten, dann sollten sie sich wie bisher nur an die Führung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes halten, der zur genüge bewiesen, daß er die Interessen der Hüftenleute zu vertreten verstehe.

Die Diskussion, welche hierauf folgte, bewegte sich im Sinne des Vortragenden und brachte noch manches aufklärende Material zu Tage. Durch die vorläufige Versetzung des Kollegen Wernerus war die Wahl des 1. Vorsitzenden notwendig und wurde hierzu Kollege Wolff gewählt.

Mit einem kräftigen Appell, für die Ausbreitung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes alle Kräfte anzuspannen, schloß der 2. Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Köln. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 15. Juli, die Generalversammlung vom 2. Quartal 1906 ab. Der Vorsitzende Kollege Nitzersfeld erstattete den Tätigkeitsbericht. Welche Arbeiten die Ortsgruppe im verfloßenen Quartal erledigte, mögen kurz die hier angeführten Zahlen zeigen.

Es wurden abgehalten 4 Vorstandssitzungen, 4 Vertrauensmännerversammlungen, 6 Mitgliederversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, 3 Werkstattversammlungen, 4 Werkstattvertrauensmännerversammlungen.

Durch das gemeinsame Vorgehen der in Betracht kommenden Organisationen wurden auf dem Werke Humbold in der Wt. 1 bedeutende Fortschritte für die Arbeiter erzielt. Für die Hilfsarbeiter des ganzen Werkes wurde der Stundenlohn von 32 Pfg. auf 34 Pfg. erhöht. Wenn auch der Stundenlohn von 34 Pfg. den heutigen teuren Erwerbsverhältnisse noch lange nicht entspricht, so ist derselbe doch für die Hilfsarbeiter des genannten Werkes von Bedeutung und zwar deshalb, weil sie dadurch aus der 2. Klasse der Krankenkasse in die 1. Klasse übergeschrieben wurden. Bekanntlich wird in der 2. Klasse der Krankenkasse 1.60 Mk. pro Tag Unterstützung gezahlt und in der 1. Klasse 2.00 Mk. Daß ein Familienvater im Krankheitsfälle mit 1.60 Mk. nichts anfangen kann, wird wohl jedem einleuchten, deshalb müssen jetzt die Hilfsarbeiter des Werkes Humbold den Wert der Organisation zu schätzen wissen. Von hier aus sei den Hilfsarbeitern zugerufen: „Hinein in den christl.-soz. Metallarbeiterverband.“

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 186, neu aufgenommen 44, zugereist 5, aus anderen Organisationen übergetreten 2, zusammen 237; ausgetreten 7, abgereist 8, gestorben 1, ausgeschloffen 6, zusammen 22; bleibt ein zahlender Mitgliederstand von 215; soweit die Tätigkeit nach außen hin. Am inneren Ausbau hat die Ortsgruppe es ebenfalls nicht fehlen lassen; erinnert sei nur an den Arbeitsnachweis und Bibliothek. Zu ersterem sei erwähnt, daß die Gewerkschaftskollegen mehr als wie bisher den Arbeitsnachweis benutzen möchten, vor allen Dingen sich auf freiverwendende Stellen sofort zu melden. Die Arbeitsuchenden haben ebenfalls die Pflicht, zu berichten, wenn ihnen Stellen angewiesen werden, ob sie Arbeit erhalten haben oder nicht. (Der Arbeitsnachweis befindet sich am Markt 15. Inhaber Kollege Kurtenbach).

Ferner hat die Ortsgruppe eine reichhaltig ausgestattete Bibliothek, welche eine Neueregung erfahren hat. Die Kollegen werden ersucht, dieselbe mehr als wie bisher zu benutzen, denn durch das Lesen von Büchern und Schriften gewerkschaftlicher Art, holt man sich die geistige Waffe, welche man braucht draußen auf dem Felde der gewerkschaftlichen Arbeit.

Kollege Fischer gab hierauf den Klassenbericht vom 2. Quartal 1906. Dieser ergibt eine Einnahme von 1242 98 Mk. Unter statistischen Mitteilungen teilte der Kassierer den Kollegen mit, daß im Laufe

des zweiten Quartals durchschnittlich 10 Beiträge entrichtet worden seien. Mit einem warmen Appell an die Vertrauensmänner, dafür zu sorgen, daß am Schluß des 3. Quartals kein einziger Beitrag mehr restiere, schloß derselbe den Klassenbericht.

Auf Antrag der Revisionen erteilte der Vorsitzende dem Kassierer Erleichterung, dieses befundete die Versammlung einstimmig durch Erheben von den Sigen.

Nach einem kurzen Hinweis auf die Notwendigkeit und Stärkung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes am Orte und der Ermunterung zum festen Zusammenhalten, sowie tatkräftigen Agitation, wurde die Versammlung geschlossen.

Mülhausen i. E. Mit welchen Mitteln hier in Mülhausen vom großen deutschen freien Metallarbeiterverband die Agitation betrieben wird, zeigt deutlich folgender Vorfall:

In letzter Zeit starb hier ein Former, Mitglied des genannten Verbandes. Wie es nun schon lange hier auf der hiesigen Maschinenbau-Gesellschaft Sitte ist in allen Werkstätten, holt man auf dem Bureau der Direktion eine offizielle Sammelliste für die betreffende Werkstatt, der der Verordnete angehört, um einen Kranz zu stiften. Bis jetzt war es Gebräuch, daß man bei sämtlichen Arbeitern mit der Liste vorbeiging, und jeder zeichnete nach seinem Ermessen. Anders war es aber diesmal.

Die Sammelliste wurde natürlich sofort von den Verbandsgenossen in Besitz genommen; (als allein Berechtigter). Zugleich war aber auch ausgemacht, und beschloffen, unter ihnen allein, daß weniger wie 50 Pfg. nicht angenommen werden. Ebenfalls wurde nur bei Gewissen vorbeigegangen, von den christlichen wollte man doch hier gar nichts haben. Tatsächlich wollten Nichtorganisierte 50 Pfg. geben, so bald sie sich nicht verpflichten konnten, dem toten Verbände beizutreten, wurde die Annahme verweigert. Auf dieses unordnungsmäßige Gebahren oder Benehmen von unserer Seite aufmerksam gemacht, wurde dreist und stolz erwidert: Das machen wir, damit ihr seht, daß wir euch verachten! Das ist die vielgepriesene Freiheit, Gleichheit und Brüderliebe. Selbst im Angesicht eines toten Kollegen muß der Klassenkampf eingeübt werden. Das sind eben die modernen freien Gewerkschaften. Wenn das nicht zieht — Adieu.

Dortmund. Getreu der Devise: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, haben auch unsere Dortmunder Kollegen beschlossen, ab 1. August den 60 Pfennig-Wochenbeitrag zu erheben. Dieser Beschluß wurde in der letzten gut besuchten Mitgliederversammlung bei geheimer Abstimmung, mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Zuschlag von 10 Pfennig pro Woche verbleibt in der Lotterkassa und kommt den Mitgliedern direkt wieder zugute. So wird bei eventueller Krankheit oder Lohnbewegung je nach den Umständen, die Unterstützung vom 1. Tage gezahlt. Ebenso ist eine weit regere Agitation möglich, die wiederum im Interesse der Kollegen liegt. Denn je mehr sich der Verband ausbreitet, desto eher werden wir unser Ziel, die Verbesserung unserer Lage erreichen. Andererseits wollen wir uns doch auch nicht von unseren Gegnern, den Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, an Opferfreudigkeit übertreffen lassen. Bezahlen dieselben doch schon lange den 60 Pfennig-Beitrag und in letzter Zeit sogar 85 Pfennig pro Woche. Denken wir dann weiter auch an das riesig und stark organisierte Unternehmertum, daß nach einer lesthin gefallenen Aeußerung einen Juliusturm errichten will, das heißt einen Turm, der ebenso viele Millionen Mark zur Bekämpfung der Bestrebungen der organisierten Arbeiter enthalten soll, wie der Juliusturm in Spandau die Millionen des preussischen Kriegsschatzes enthält. Wollen wir christlichen Metallarbeiter den Sieg erringen, so heißt es Opfer bringen. Also Kollegen Dortmunds, jetzt wie immer eifrig agitiert für die Interessen des Verbandes. Kommt oft in die Versammlungen und hört, ob auch etwas geschieht behufs Agitation, behufs Geistesbildung der Mitglieder usw. Kommt und hört, ob das von euch gebrachte Opfer auch Zinsen trägt und wir wollen auch in diesem Sinne den obigen Beschluß als einen großen Fortschritt bezeichnen. Die nächste Versammlung findet am Samstag den 4. August, abends 9 Uhr, bei Zimmermann, Lütgebrückstraße 7 (Kellerjaal), statt.

Siegburg. Unsere anberaumte Generalversammlung im „Siegburger Hof“ war leider schwach besucht. Der Grund liegt darin, die meisten Kollegen arbeiten die ganze Woche auswärts, einige Kollegen mußten heute morgen arbeiten.

Nach Bekanntmachung der Tagesordnung durch den 1. Vorsitzenden, sprach unser Bezirksleiter Kol-

lege Döring über den Streit auf der Mattunfabrik Siegfeld als 1. Punkt.

2. Punkt der Tagesordnung: Regelung des Vertrauensmännerstems. Hierbei wurde vorgeschlagen die Ortsgruppe in Bezirke zu teilen und die den geeigneten Vertrauensmännern zu übergeben. Dieser Vorschlag wurde nach einigen Erklärungen angenommen. Punkt 3. Wahl eines neuen Lokals für Mitgliederversammlungen. Hierüber wurde an Stelle des uns abgetriebenen Lokals der Frau Witwe Bloch, des Siegburger Hof vorgeschlagen und einstimmig angenommen. Es finden nun die Mitgliederversammlungen statt regelmäßig alle 14 Tage, morgens um 11 Uhr im Siegburger Hof. Hoffentlich kommen die Kollegen besser zur Versammlung.

Versammlungs-Kalender.

- Köln.** Samstag, den 4. August, abends 9 Uhr, evangelischen Vereinshalle Agitationsversammlung.
- Bonn.** Sonntag, den 5. August, morgens 11 Uhr, Fischel, Wilmshausenstraße, im christl. Gewerkschaftshaus.
- Witte.** Sonntag, den 5. August, vormittags 11 Uhr, 5. Fellenmann, Hof-Kollege Ruhr-Sieppstadt.
- Dortmund.** Samstag, den 4. August, abends 9 Uhr, Zimmermann, Lütgebrückstraße.
- Eisen-Vollort.** Sonntag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, bei Tristler (Sohn, Torquann) gemeinsame Versammlung der Sektionen Vollort, Dellwig, Berge-Vorbeck und Vorber-Söhnebeck. Auch die Kollegen der übrigen Sektionen sind herzlich eingeladen. Mitteilungen vorzeigen.
- Eisen-Vollort.** Samstag, den 4. August, abends 8 Uhr, bei Hülswiese (früher Stepmann) Fobelsenstraße.
- Eisen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 5. August, morgens 10 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19, vierteljährliche Generalversammlung. Mitgliederbücher müssen vorgezeigt werden. Erscheinen Pflicht.
- Hiesburg.** Mittwoch, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Hilde, Marienstraße 1.
- Eisenkirchen-Hüllen.** Sonntag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, bei Brog, Westfalenstraße.
- Hannover-Misburg.** Sonntag, den 12. August, vormittags 11 Uhr in Meyers Garten, Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht.
- Herne.** Samstag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, im christl. Gewerkschaftshaus bei Stenberg.
- Köln.** Mittwoch, den 8. August, abends 9 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung bei Jakob Worn, Hauptstraße, gegenüber Post. Abrechnung von Juli.
- Kassel.** Samstag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum goldenen Löwen.
- Mülhausen i. E.** Sonntag, den 5. August, morgens 11 Uhr bei Parier, „zur Stadt Velfort“, wichtige Mitgliederversammlung.

Einige tüchtige Messingdreher

finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei **Zulauf & Cie.** Metallwarenfabrik, Höchst a. Main.

Tüchtige Schleifer und Former

finden dauernde und lohnende Beschäftigung. **Metal-Industrie-Schnebeck A.-G., Schnebeck a. E.**

Unserem lieben Kollegen
Constantin Grabher
und seiner Braut **Anna Holz**

zur Vermählung
die herzl. Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Wiesbaden.

Unserem werten Kollegen
Friedrich Wille nebst seiner Gemahlin
zur silbernen Hochzeit
die besten Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Verwaltungsstelle Hannover, Sektion Linden

Unserem treuen Kollegen
Peter Christensen
nebst seiner Braut **Emilie Bücher**
zu ihrer Vermählung
die herzl. Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Flensburg.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Reisebuch f. Radfahrer.) Über 2000 Reiseorturen. 3 Bände.
Gebd. M. 1.50. 2. Bogen, Stuttgart und alle Buchhandlungen.